



„Afrika im Blick“

Bestandsaufnahme und Perspektiven einer vertieften Kooperation von Akteuren in Baden-Württemberg und Afrika



‘The AU-EU partnership is a unique Continent-to-Continent relationship based on shared aspirations to contribute to global peace and sustainable development on both our continents for a shared future!’

Moussa Faki Mahamat, Vorsitzender der AU Kommission, Twitter, 09. Mai 2019

‘What happens in Africa matters for Europe, and what happens in Europe matters for Africa. Our partnership is an investment in our shared future. It is a partnership of equals in which we support each other, help each other to prosper and make the world a safer, more stable and more sustainable place to live.’

Jean-Claude Juncker, Präsident der EU Kommission, Abidjan, 27. November 2017

Dr. Martin Adelman

Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg

1. Baden-Württemberg und Afrika: Gemeinsam Zukunft gestalten	4
1.1 Welt im Wandel.....	4
1.2 Einordnung in die Afrikapolitik.....	6
1.3 Afrikapolitik der Länder und Baden-Württembergs.....	8
1.4 Aktualität der Initiative.....	13
2. Bestandsaufnahme und Ausblick	14
2.1 Wissenschaft & Kunst.....	14
2.2 Bildung.....	17
2.3 Wirtschaft.....	20
2.4 Staat und Verwaltung.....	22
2.5 Nachhaltigkeit.....	24
2.6 Migration.....	25
2.7 Kommunale Zusammenarbeit.....	27
2.8 Zivilgesellschaft.....	29
3. Analyse & übergreifende Empfehlungen	32
3.1 Grundsätze der Kooperation.....	32
3.2 Regionale Fokussierung.....	33
3.3 Thematische Fokussierung.....	34
3.4 Afrikakompetenz des Landes stärken.....	34
3.5 Vernetzung.....	35
3.6 Anschubfinanzierung und Brückenfinanzierung.....	35
3.7 Bund-Länder-Gespräche zu Afrika.....	36

Vorwort

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat 2018 eine Initiative „Afrika im Blick“ gestartet, die darauf zielt, die Kooperation zwischen Akteuren in Baden-Württemberg und Afrika zu intensivieren. In diesem Rahmen wurde im September 2018 das Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg vom Staatsministerium mit der Erstellung eines Konzeptpapiers beauftragt, das eine Bestandaufnahme bestehender Aktivitäten darlegt und Möglichkeiten der vertieften Kooperation skizziert.

Grundlage des vorliegenden Konzeptpapiers sind neben der Sichtung vorhandener Unterlagen Gespräche mit ca. 20 Vertreterinnen und Vertretern der Landesministerien und weiterer relevanter Organisationen. Zusätzlich wurden zu einigen Themen zwischen Dezember 2018 und Februar 2019 größere Gesprächsrunden abgehalten, an denen ca. 50 weitere Beteiligte gehört wurden.

Die beteiligten Ministerien, der Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) sowie Einzelpersonen der afrikanischen Diaspora in Baden-Württemberg haben im März 2019 den ersten Entwurf kommentiert. Im Rahmen der „Entwicklungspolitischen Landeskonferenz“ (Messe Fair Handeln Stuttgart) und der Tagung „Remstal Global – Afrika im Blick“ wurde das Konzept im Frühjahr 2019 einer interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Die im REZ vertretenen Organisationen und Netzwerke haben die Initiative Afrika im Blick begrüßt und mit Blick auf das Konzeptpapier ihre Kooperationsbereitschaft zu einer gemeinsamen Umsetzung signalisiert (Beschluss vom 27.05.2019).

Die vorliegende Studie reflektiert die Gespräche und versteht sich als Grundlage für die weitere politische und öffentliche Diskussion und daraus folgender Entscheidungen. Im Zentrum der Studie stehen Akteure aus Baden-Württemberg, insbesondere aus dem staatlichen Bereich. Die große Zahl nicht-staatlicher Akteure kann in ihrer Vielfalt nur ansatzweise abgebildet werden. Ebenso war es im Rahmen der Studie nicht möglich, Gespräche mit der Vielzahl afrikanischer Partner zu führen. Für die weitere Diskussion und Umsetzung einzelner Kooperationsmaßnahmen in den skizzierten Themenfeldern ist eine intensive Beteiligung der Partner jedoch notwendig.

Die in der Studie wiedergegebene Analyse spiegelt die Sichtweise des Autors wider. Kommentare und Anregungen zur Studie sowie zur Afrikakooperation des Landes als solche nehmen der Autor sowie das Referat 53 des Staatsministeriums gerne entgegen.

Dr. Martin Adelman

Freiburg, 03. Juni 2019

1. Baden-Württemberg und Afrika: Gemeinsam Zukunft gestalten

1.1 Welt im Wandel

Welt im Wandel

Das Land Baden-Württemberg und der afrikanische Kontinent sind im 21. Jahrhundert Teile einer sich rasant wandelnden Weltordnung. Wirtschaftliche Globalisierung und die digitale Revolution, wachsende Ungleichheit, Migration, internationaler Terrorismus sowie die Folgen des Klimawandels sind Herausforderungen, die nur gemeinsam, in einem internationalen Rahmen, gelöst werden können.

Während die Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 ein Rahmenwerk für eine gemeinsame Zukunft entwickelt haben, zu der sich sowohl die Europäische Union (EU) als auch die Afrikanische Union (AU) bekennen, wird gleichzeitig der multilaterale Ordnungsrahmen von populistischen und nationalistischen Kräften in Frage gestellt. Die weltpolitischen Gewichte verschieben sich, das eurozentrische Zeitalter neigt sich dem Ende zu. Einflussphären, normative Ordnungsrahmen und Deutungshoheiten werden international neu justiert. In einem System der Mehrebenen-Governance treten subnationale Handlungsebenen verstärkt in den Vordergrund.

Afrika im Wandel

Der afrikanische Kontinent ist in einem epochalen Wandel begriffen. Durch eine junge, schnell wachsende Bevölkerung – die Hälfte der Menschen des Kontinents ist unter 25 Jahre alt – wird sich die Anzahl der Menschen dort voraussichtlich bis 2050 von 1,2 auf 2,5 Milliarden Menschen mehr als verdoppeln. Die rasante Urbanisierung und wirtschaftliche Modernisierung verändern die gesellschaftliche Balance. Die freigesetzte Dynamik kann dabei sowohl positive als auch negative Folgen haben. Der „Zukunftskontinent“ Afrika ist jedoch gleichzeitig auch ein Kontinent persistenter Armut und Konflikte. Der Klimawandel wird Afrika besonders hart treffen und die natürlichen Lebensgrundlagen weiter einschränken; innerafrikanische Migrationsbewegungen werden weiter zunehmen.

Die Koexistenz von Krise und Aufbruch findet sich in Afrika oft auf engstem Raum. Eine Analyse auf Basis des Gesamtkontinents oder auf der Ebene der Staaten wird der Komplexität des Kontinents nicht gerecht. Die 54 Staaten sind in sich meist heterogen. Kulturelle und wirtschaftliche Räume korrespondieren nicht mit den kolonial gezogenen Grenzen, diese werden durch Freihandelszonen und offene Migrationsregime in der Praxis zum Teil überwunden. Die Ausdifferenzierung des Kontinents, sowohl zwischen als auch innerhalb von Staaten, wird in den kommenden Jahren weiter voranschreiten.

Afrika ist aber nicht nur im inneren Wandel begriffen, der Kontinent ist auch zunehmend Schauplatz eines globalen geostrategischen Wettbewerbs. China und die USA, die alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, aber auch neue Akteure wie Brasilien, Indien oder die Türkei liefern sich seit einigen Jahren einen „*new scramble for Africa*“¹. Hinzu kommt

¹ The Economist: A new scramble for Africa, 7. März 2019.

<https://www.economist.com/leaders/2019/03/07/the-new-scramble-for-africa>

das Streben einiger afrikanischer Staaten nach Dominanz in ihrer Subregion mit ideellen oder wirtschaftlichen Mitteln. Das gestiegene internationale Interesse galt zunächst Afrikas natürlichen Ressourcen und wachsenden Absatzmärkten. Immer deutlicher tritt aber auch der Kampf um politische Einflussphären zu Tage. Dieser wird neben harten außen- und sicherheitspolitischen Dimensionen (Militärbasen, Terrorbekämpfungsmissionen) vor allem mit Mitteln der „*soft power*“ ausgefochten, im Wesentlichen um die zukünftige Orientierung von Afrikas Eliten im globalen Systemwettbewerb. Die dichter werdende Taktung von Staatsbesuchen, die Eröffnung zahlreicher neuer Botschaften² und die Erarbeitung neuer Afrikastrategien sind Ausdruck dieses Trends.³ Staatliche und nichtstaatliche Akteure in Afrika sind vermehrt nicht mehr auf die Partnerschaft mit Europa angewiesen, sondern werden weltweit umworben.

Baden-Württemberg im Wandel

Auch Baden-Württemberg wandelt sich, um seine Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Der Übergang vom Industrie- zum digitalen Zeitalter, vor allem aber die Etablierung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sind epochale Herausforderungen. Der demographische Wandel einer alternden Gesellschaft ist ebenso Realität wie die Notwendigkeit der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte in den Arbeitsmarkt.

Die Bewältigung der Zukunftsaufgaben bedarf innovativer Ideen und neuer Allianzen. Diese entstehen nicht zuletzt im internationalen Austausch. Baden-Württemberg als Land der Innovation benötigt innovative Partner – innerhalb und außerhalb Europas. Internationalisierung ist dabei nicht nur die Suche nach neuen Absatzmärkten für baden-württembergische Produkte, es ist zunehmend auch ein Wettbewerb um den Austausch mit den besten Köpfen und den Zugang zu neuen Ideen.⁴

Die Landesregierung hat sich deshalb vorgenommen, zu prüfen, „*ob ein internationales Netzwerk mit innovativen Regionen außerhalb Europas geknüpft werden kann. Dieses Netzwerk könnte neben den Möglichkeiten des direkten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs einen besonderen Schwerpunkt auf die internationale Förderung der Politikfelder Klimaschutz, Innovation, Forschung und Mittelstand legen.*“⁵ Ein solches Innovations-Netzwerk kann in Zukunft nicht ohne die aufstrebenden Regionen in Afrika gedacht werden.

Grundlage der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ist dabei der in der Landesverfassung gesetzte normative Rahmen. Das inhaltlich ähnliche Leitbild zur Europapolitik im Koalitionsvertrag, das einen „*Einsatz für die gemeinsamen Werte des Friedens, der Freiheit, der Solidarität, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Subsidiarität*“⁶ formuliert, gilt ebenso auch für die Zusammenarbeit mit außereuropäischen Partnern.

² Zwischen 2010 und 2016 wurden in Afrika 320 neue Botschaften in Afrika eröffnet. The Economist: A new scramble for Africa, 7. März 2019.

³ Im Dezember 2018 haben die USA eine neue Afrikastrategie angekündigt, die sich stärker an den Interessen der USA orientieren wird.

⁴ Dies muss nicht zwangsläufig zu einem *Brain Drain* führen, Kooperation kann vielmehr zu einem wechselseitigen *Brain Gain* beitragen.

⁵ Baden-Württemberg gestalten. Koalitionsvertrag 2016-2021, S. 125.

⁶ Baden-Württemberg gestalten. Koalitionsvertrag 2016-2021, S. 119.

Partnerschaft im Wandel

Um eine Partnerschaft mit Akteuren in Afrika auf ein tragendes Fundament zu stellen, bedarf es von Anfang an eines Ansatzes der Augenhöhe. Der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Partner gilt für die Zusammenarbeit von Regierungen, Wirtschaftspartnern, zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Kulturschaffenden gleichermaßen. Eine Ebenengleichheit in der Kooperation ist dabei hilfreich.

Die Überwindung überkommener Macht- und Denkstrukturen und eine Dekolonisierung der Beziehungen ist eine Grundvoraussetzung für das Gelingen von Partnerschaften zwischen afrikanischen und baden-württembergischen Akteuren. Trotz vielfacher Bekenntnisse ist die Umsetzung hehrer Prinzipien in der Realität oft schwierig. Das Afrikabild in Baden-Württemberg wandelt sich nur langsam, die politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen sind nach wie vor von Ungleichheit geprägt. Die Interessen und Sichtweisen afrikanischer Partner an einer Kooperation mit Baden-Württemberg werden oft nicht ausreichend wahrgenommen. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, die nicht nur in Afrika sondern auch in Baden-Württemberg Spuren hinterlassen hat, wurde gerade erst begonnen. Ein offener Dialog über Werte und Ziele aber auch Herausforderungen der Partnerschaft stellt die Grundlage der Zusammenarbeit dar.

1.2 Einordnung in die Afrikapolitik

Baden-Württembergs Kooperation mit afrikanischen Akteuren ordnet sich ein in den größeren Zusammenhang der globalen, europäischen und deutschen Afrikapolitik. Sie kann sich auch den Leitlinien der Politik der Afrikanischen Union und anderer afrikanischer Akteure nicht länger entziehen. Auf allen Ebenen spiegelt sich die wachsende Dynamik der Beziehungen in diplomatischen Aktivitäten und neuen Strategiepapieren wider.

Die Grundlage allen globalen Handelns bildet die Agenda 2030 mit ihrem Kern, den *Sustainable Development Goals (SDGs)* als Zukunftskonzept für den gesamten Planeten.⁷ Durch ihre universelle Gültigkeit bildet die Agenda 2030 den übergeordneten Orientierungsrahmen für die gesamte Politik, auch die Baden-Württembergs.

Einen weiteren Politikrahmen der Kooperation bilden die Zukunftskonzeptionen der afrikanischen Partner. Die AU hat 2013 mit der Agenda 2063 einen grundlegenden Strategieplan vorgelegt, der Visionen für die Zukunft des Kontinents aufzeigt und konkrete Maßnahmen skizziert.⁸ Ähnliche Entwicklungsstrategien existieren auf Ebene der afrikanischen Regionalorganisationen (z. B. ECOWAS, SADC, EAC)⁹ und der 54 Staaten, die teilweise eigene Schwerpunkte setzen. Neben staatsbasierten sind aber auch sektorale Politikpapiere, die afrikanische Akteure oft gemeinsam mit internationalen Organisationen erarbeitet haben, Ansatzpunkte des Handelns.

⁷ UN: Sustainable Development Goals. <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>

⁸ Bereits zuvor gab es ähnliche Initiativen, z. B. NEPAD (New Partnership for Africa's Development), das inzwischen in der AU aufgegangen ist.

⁹ ECOWAS: Economic Community of West African States; SADC: Southern African Development Community, EAC: East African Community.

Die Afrikapolitik der EU basiert wiederum im Wesentlichen auf dem *Vertrag von Cotonou* (2000), der die Beziehungen der AKP-Staaten¹⁰ im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und des Handels regelt,¹¹ sowie der *Joint Africa-EU Strategy (JAES)* aus dem Jahr 2007, die die Zusammenarbeit und Zielsetzungen zwischen der Afrikanischen und der Europäischen Union in einer Vielzahl weiterer Politikfelder definiert und in deren Rahmen regelmäßige Gipfeltreffen stattfinden. Neuere Initiativen sind der *European Trust Fund for Africa (EUTF)* aus dem Jahr 2015, der 1,8 Mrd. € für die Zusammenarbeit im Bereich der Migration zur Verfügung stellt. Der *European Fund for Sustainable Development (EFSD)* aus dem Jahr 2017 und eine von EU-Kommissionspräsident Juncker 2018 angekündigte „*New Africa-Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs*“ zielen vor allem auf verstärkte Investitionen.

Einen wesentlichen Impuls für die internationale Kooperation mit Afrikanischen Staaten lieferte die G20 unter deutscher Präsidentschaft 2017 mit dem *Compact with Africa (CwA)*. Kern der Initiative, die von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Afrikanischen Entwicklungsbank unterstützt wird, ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in Afrika. 11 Pilotländer (Benin, Côte d’Ivoire, Ägypten, Äthiopien, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo und Tunesien) sind der Initiative bisher beigetreten.

Auch die Bundesregierung, die ihre Beziehungen zu Afrika länger als andere Staaten überwiegend auf entwicklungspolitische Kooperation konzentriert hatte, wendet sich dem Nachbarkontinent seit einigen Jahren verstärkt auf verschiedenen Politikfeldern zu. Das unter Federführung des Auswärtigen Amtes 2014 erstellte „Afrikakonzept der Bundesregierung“ gibt ein klares Bekenntnis zur intensiveren Kooperation mit afrikanischen Akteuren in nahezu allen Bereichen ab, unter anderem betont es stärker als zuvor die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Dimension.¹² Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet Afrika mehrfach prominente Erwähnung. Die Fortschreibung der Afrikapolitischen Leitlinien 2019 nimmt schließlich die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte und zivilgesellschaftliche Partnerschaften als neue Elemente mit auf.¹³

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat mit dem „Marshallplan mit Afrika“ 2017 eine eigene Konzeption vorgelegt.¹⁴ Wirtschaft, Frieden und Demokratie werden darin als tragende Säulen der Kooperation benannt. Ein Kernstück des Marshallplans sind Reformpartnerschaften mit Staaten, die sich zu konkreten Reformen mit der Zielsetzung „guter Regierungsführung“¹⁵ verpflichten und im Gegenzug vermehrt Unterstützung erhalten. Pilotländer sind Ghana, Tunesien und die Cote d’Ivoire. Togo,

¹⁰ Die sogenannten AKP-Staaten sind 79 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks.

¹¹ Der Vertrag läuft 2020 aus und wird zurzeit neu verhandelt. Umstritten ist im Cotonou-Vertrag insbesondere die Frage der regionalen Freihandelsverträge (Economic Partnership Agreements – EPA).

¹² Die Bundesregierung: Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung. 2014.

¹³ Die Leitlinien nennen fünf Oberziele: 1) Frieden, Sicherheit und Stabilität 2) Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung 3) Migration/Fluchtursachen 4) Regelbasierte Weltordnung 5) Zivilgesellschaftliche Partnerschaften. Die Bundesregierung: Eine Vertiefte Partnerschaft mit Afrika. Fortschreibung und Weiterentwicklung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung. 27. März 2019.

¹⁴ BMZ: Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika. 2017.

¹⁵ Der Begriff des *good governance* wird unterschiedlich definiert. Im europäischen Kontext sind die Werte der Demokratie und Menschenrechte unverzichtbarer Bestandteil der Definition, die Weltbank legt dagegen einen stärkeren Schwerpunkt auf die Effizienz der Regierungsführung.

Marokko und Senegal sollen 2019 neu hinzukommen. Insgesamt listet das BMZ zurzeit 23 Staaten als Partner der bilateralen Zusammenarbeit, weitere werden im Rahmen von regionalen oder thematischen Programmen erfasst. Die Zahl der Partnerländer soll nach Ankündigung von Entwicklungsminister Müller zukünftig weiter sinken, um die Zusammenarbeit zu konzentrieren.¹⁶ Daneben gibt es weitere sektorale Afrikakonzepte des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie eine Strategische Leitlinie zu Afrika des Bundesministeriums der Verteidigung.¹⁷ Für 2019 ist eine Überarbeitung der Konzeption der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mit entsprechendem Afrikabezug geplant.

Insgesamt lassen sich aus den europäischen und deutschen Afrikakonzepten und konkreten Afrikapolitiken der vergangenen Jahre vier Trends ableiten:

- eine stärkere Einbeziehung der Wirtschaft in die Kooperation, sowohl aus außenwirtschaftlichem Interesse, als auch als Entwicklungsstrategie;
- eine stärkere realpolitische Betonung von sicherheits- und migrationspolitischen Aspekten;
- eine Schwerpunktsetzung auf reformorientierte, wirtschaftlich dynamische Staaten;
- eine verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Kommunen (Subsidiaritätsprinzip) als Akteure der Umsetzung der SDGs, sowohl national als auch in internationaler Partnerschaft.¹⁸

Insbesondere der letzte Punkt, das Subsidiaritätsprinzip, ist auch für Baden-Württemberg ein Ansatz, sich in Bezug auf Afrika verstärkt zu engagieren.

1.3 Afrikapolitik der Länder und Baden-Württembergs

Außen- und Entwicklungspolitik ist im Rahmen der föderalen deutschen Staatsordnung Aufgabe des Bundes, in geteilter Verantwortung mit der EU. Eine internationale Ausrichtung der Landespolitik ist daher grundsätzlich an den übergeordneten nationalen und internationalen Politiken auszurichten.¹⁹ In diesem Sinne gibt es keine losgelöste baden-württembergische Afrikapolitik, sondern eine ergänzende Kooperation mit afrikanischen Partnern in unterschiedlichen Politikfeldern.²⁰ Dass es sich bei der Afrikakooperation der

¹⁶ Stephan Klingebiel: Warum das BMZ die Anzahl der Partnerländer reduzieren will. 2018. <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/warum-das-bmz-die-zahl-der-partnerlaender-reduzieren-will/>

¹⁷ Bundesministerium der Verteidigung: Strategische Leitlinie. Umsetzung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung im Geschäftsbereich des BMVg. 2015.

<https://www.bmvg.de/resource/blob/12810/fe3f44a6e3b12bec5ee3bc9c7880f570/strategische-leitlinie-zur-umsetzung-der-afrikapolitischen-leitlinien-data.pdf>

¹⁸ BMZ: Entwicklungspolitik 2030, Neue Herausforderungen – Neue Antworten, 2018. S. 6.

https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier455_06_2018.pdf

Die Bundesregierung: Eine Vertiefte Partnerschaft mit Afrika, S. 27.

¹⁹ Zur Entwicklungspolitik der Bundesländer u. a.: Jürgen Wiemann: Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer. DIE. Bonn 2008. https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_20.2008._Wiemann.pdf

²⁰ Die Ministerpräsidentenkonferenz legte 2008 die Bereiche Klimaschutz und Energie, Ernährungssicherheit, Migration, Wissenschaft-Technologie, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung und Dezentralisierung, Kultur sowie Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit als Handlungsfelder der Länder fest.

Länder eher um punktuelle Ergänzungen handelt, wird schon durch den Größenvergleich²¹ sowohl zwischen Baden-Württemberg und Afrika als auch zwischen den für Afrikakooperation zu Verfügung stehenden Budgets²² auf Bundes- und Landesebene deutlich.

Eine eigene Schwerpunktsetzung der Länder, die die nationale Politik sinnvoll ergänzen kann, ergibt sich aber insbesondere in folgenden Feldern:

- Im Rahmen des Universalitätsprinzips der SDGs tragen auch Länder Verantwortung für die Umsetzung der globalen Ziele in ihrem Einflussbereich. Landespolitische Entscheidungen können weitreichende globale Implikationen haben. Nachhaltigkeitspolitik im eigenen Land bezeichnet deshalb die wichtigste globale Rolle der Länder.^{23,24}
- Politikfelder, die explizit Handlungsfelder der Länder sind und eine internationale Dimension aufweisen; dies sind insbesondere Kultur, Bildung und Hochschule.²⁵
- Kernaufgabe der Länder im kooperativen föderalistischen System ist des Weiteren die Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben (Verwaltung). In vielen Politikfeldern gibt es deshalb Schnittstellen der Landespolitik mit internationalen Aufgaben, insbesondere, wenn Landespersonal bzw. Landeseinrichtungen beteiligt sind.
- Die Länder sind stärker als der Bund mit kommunalen Gebietskörperschaften, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren vernetzt, die eigenständige internationale Kontakte pflegen. Die Unterstützung dieser Akteure, Partnerschaften und Koalitionen ist ein zentraler Aufgabenbereich der Länder.

Alle Länder haben in den vergangenen Jahren eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt, Baden-Württemberg zuerst im Jahr 2007. In einer Vielzahl von Ländern existieren darüber hinaus entwicklungspolitische Leitlinien.²⁶ Baden-Württemberg zählt auch hier zu den Vorreitern. In einem umfangreichen Beteiligungsprozess unter dem Titel *Welt:Bürger gefragt*²⁷ wurden die Leitlinien 2012 neu gefasst. Entwicklungspolitik wird darin als landespolitische Querschnittsaufgabe definiert, zu der die einzelnen Fachministerien Beiträge leisten. Nachhaltigkeitsstrategie und entwicklungspolitische Leitlinien skizzieren also übergeordnete Handlungsansätze der Landespolitik, in die sich die Kooperation mit afrikanischen Partnern einfügt.

Neben stärker nach innen gerichteten Maßnahmen sind die Länder aber in unterschiedlichem Maße auch internationale Kooperationen eingegangen, die über den europäischen Rahmen

²¹ Afrika weist mit 1,2 Mrd. Menschen die 100-fache Bevölkerung und mit 30 Mio. km² die 850-fache Fläche Baden-Württembergs aus.

²² Der Etat des BMZ beträgt ca. 10 Mrd. €, das für Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg zur Verfügung stehende Budget ca. zwei Millionen Euro.

²³ Uwe Kerkow: Ländersache Nachhaltigkeit: Die Umsetzung der 2030-Agenda. GPF. Bonn 2017. https://ez-der-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/laendersache_nachhaltigkeit_publication_gfp_2017.pdf

²⁴ Cecilia Fischer, Imme Scholz: Universelle Verantwortung: Die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer. DIE. Bonn. 2015.

²⁵ Auch das Politikfeld der inneren Sicherheit ist Domäne der Länder, hat aber mit Ausnahme der Abstellung von Polizei- und Justizbeamten nur begrenzte Außenbezüge.

²⁶ Uwe Kerkow: Ländersache Nachhaltigkeit. GPF. Bonn. 2017.

²⁷ Staatsministerium Baden-Württemberg: Welt:Bürger gefragt. 2013. https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Entwicklungspolitische_Leitlinien_f%C3%BCr_Baden-W%C3%BCrttemberg.pdf

hinausgehen.²⁸ Auf Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 1. Juni 2017 betonen die Länder ausdrücklich ihren Willen, sich in Bezug auf Afrika stärker zu engagieren:

„Die Länder kommen überein, ihr vielfältiges Engagement für nachhaltige Entwicklung in Afrika, insbesondere in Form von Länder- und Kommunalpartnerschaften fortzusetzen. Im Austausch mit der Bundesregierung sollen die bisherigen Instrumente sowie bestehende und geplante Projektkooperationen koordiniert weiterentwickelt werden.“²⁹

Im Bereich der konkreten Partnerschaften von Ländern mit afrikanischen Staaten oder Provinzen lassen sich drei größere Wellen ausmachen:

- von Anfang der 1980er-Jahre datiert Landespartnerschaft Rheinland-Pfalz mit Ruanda sowie die Partnerschaft Baden-Württemberg mit Burundi;
- in den 1990er-Jahren, nach Ende der Apartheid, schlossen einige Länder Partnerschaften mit südafrikanischen Provinzen, u. a. Baden-Württemberg mit Eastern Cape und KwaZulu-Natal, Niedersachsen mit Eastern Cape, Bayern mit Western Cape und Gauteng sowie Nordrhein-Westfalen mit Mpumalanga;
- Neue Partnerschaften sind in den vergangenen Jahren u. a. zwischen Niedersachsen und Tansania, Nordrhein-Westfalen und Ghana sowie jüngst zwischen Bayern und Senegal sowie Tunesien entstanden.

Die Partnerschaften der Länder sind zumeist multidimensional angelegt, sie erstrecken sich neben der Förderung von Entwicklungsprojekten auf zahlreiche andere Handlungsfelder. Hervorzuheben ist unter den Partnerschaften insbesondere die Partnerschaft Rheinland-Pfalz und Ruanda, die aufgrund ihrer Dauer und breiten Verankerung in der Gesellschaft als Vorbild für Länderpartnerschaften gilt. Die mit großer Dynamik neu aufgebaute Partnerschaft Nordrhein-Westfalen-Ghana sowie die jüngste Partnerschaft Bayern-Senegal, in die der Freistaat drei Millionen Euro investiert, u. a. für ein Bayrisches Haus im Senegal,³⁰ haben ebenfalls politische Aufmerksamkeit erregt. Mit der Eröffnung eines „*Bavarian Office for Africa*“ in Addis Abeba im April 2019 hat Bayern seine afrikapolitischen Ambitionen weiter unterstrichen.³¹

Auch Baden-Württemberg betreibt eine aktive internationale Kooperationspolitik, die institutionell vom Staatsministerium koordiniert wird. Im europäischen Rahmen sind neben gemeinsamen Programmen mit Nachbarstaaten vor allem die EU-Donauraumstrategie und das Netzwerk „Vier Motoren für Europa“ relevant. Als internationales Netzwerk ist die *Under2Coalition* im Klimaschutzbereich zu nennen. Bilateral unterhält das Land partnerschaftliche Beziehungen zu Gebietskörperschaften in Kanada, Russland, Japan, China und Südafrika, jüngst kamen Kontakte mit der Provinz Dohuk im Nordirak (2016) und

²⁸ Eine Übersicht bietet das Portal: Entwicklungspolitik der Länder. <https://ez-der-laender.de/de>

²⁹ Beschluss der Ministerpräsidenten-Konferenz vom 01. Juni 2017.

https://ez-der-laender.de/sites/default/files/mpk_beschluesse_2017.pdf

³⁰ Bayerische Staatsregierung: Europaministerin Dr. Beate Merk eröffnet „Bayerisches Haus“ im Senegal. 2018. <http://www.bayern.de/europaministerin-dr-beate-merk-eroeffnet-bayerisches-haus-im-senegal-merk-beschaeftigung-einkommen-und-zukunft-fuer-junge-menschen-in-ihrer-heimat-umsetzung-des-bayerischen-sonderprogramms-z/>

³¹ Bayerische Staatsregierung: Ministerpräsident Dr. Söder eröffnet Bayerisches Afrikabüro in Addis Abeba: Anlaufpunkt und Drehscheibe für den Kontakt mit Afrika, 15. April 2019. <https://bayern.de/ministerpraesident-dr-soeder-eroeffnet-bayerisches-afrikabuero-in-addis-abeba-anlaufpunkt-und-drehscheibe-fuer-den-kontakt-mit-afrika/> Siehe hierzu auch mehrere Presseartikel u. a. im Spiegel und der Süddeutschen Zeitung.

Kalifornien (2018) hinzu. Von hervorgehobener Bedeutung ist darüber hinaus die Landespartnerschaft mit Burundi. Zu landespolitischen Aktivitäten treten die partnerschaftlichen Beziehungen von Städten und Gemeinden sowie zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteure, deren Aktivitäten in der Summe die der Landespolitik weit übersteigen (siehe Kapitel 2.6 bis 2.8).

Burundi

Die Partnerschaft mit Burundi hat als Landespartnerschaft einen herausgehobenen Stellenwert. Die partnerschaftlichen Beziehungen gehen bis in die 1980er-Jahre zurück und konzentrierten sich zu Beginn in erster Linie auf die Umsetzung von sozialen Entwicklungsprojekten und einem Handwerksprojekt in Burundi. Seit 1996 bieten die Burundi-Treffen der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) eine Plattform für Austausch und Kooperation. Die SEZ koordiniert die Burundi-Aktivitäten im Auftrag des Landes. Im Jahr 2009 erfolgte die Einrichtung eines bei der SEZ angesiedelten „Kompetenzzentrum Burundi“, dies hat die Sichtbarkeit und den Umfang der Aktivitäten weiter erhöht. Eine offizielle Partnerschaftserklärung wurde schließlich 2014 unterzeichnet.

Die Burundi-Partnerschaft findet eine breite politische Unterstützung, die im Laufe der Jahre in verschiedenen Delegationsreisen ihren Ausdruck fand und im aktuellen Koalitionsvertrag bekräftigt wird. Sie wird von einer Vielzahl von Akteuren im Land unterstützt. Insbesondere ist hier auch die Diözese Rottenburg-Stuttgart zu nennen. Zahlreiche zivilgesellschaftlich getragene Partnerschaften und Projekte wurden im Laufe der Jahrzehnte angestoßen.

Durch die SEZ unterstützte das Land Projekte in Burundi in Höhe von jährlich einigen zehntausend Euro pro Jahr.^{32,33} 2018 wurde eine eigene Projektförderlinie *bwirkt!* Burundi etabliert. Für die Jahre 2018 und 2019 sind je 250.000 € für Burundi-Projekte vorgesehen. Darüber hinaus fördert die SEZ weitere Projekte in Burundi durch eingeworbene Spendengelder (2017 insgesamt sechs Projekte³⁴, von 1992 bis 2018 insgesamt 75 Projekte mit einem Volumen von ca. 800.000 €). Die Hochschule Rottenburg und die Universität Tübingen arbeiten mit der Universität Burundi im Forst-/Umweltbereich zusammen.³⁵ Die Baden-Württemberg Stiftung unterstützt das Projekt finanziell. Darüber hinaus wird geprüft, ob der Online-Studiengang *Entrepreneurship* der Dualen Hochschule Baden-Württemberg auch in Burundi genutzt werden kann. Noch älter als die Landespartnerschaft sind die Beziehungen der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die seit 1961 Projekte im Volumen von über 2,5 Mio. € in Burundi initiiert hat. Der Sparkassenverband Baden-Württemberg und die Sparkassenstiftung fördern den Aufbau einer Mikrofinanz-Akademie in Burundi zur Stärkung des Mikrofinanzsektors.

Neben Projekten im Partnerland sind die Vernetzung der Akteure und die Bildungsarbeit in Baden-Württemberg Teil der Burundi-Kooperation. Hierzu wird derzeit z. B. pädagogisches Unterrichtsmaterial für Baden-Württembergische Schulen erstellt. Mit dem *Burundi-Partnerschaftskaffee* wird auch ein konkretes Fairtrade-Produkt unterstützt.

³² Landtag Baden-Württemberg. Drucksache 15/909 (2011). Anfrage der SPD zu Burundi.

³³ 2016 bis 2018 waren es fünf Projekte mit einem Volumen von insgesamt knapp 90.000 €.

³⁴ SEZ Jahresbericht 2017.

³⁵ Siehe auch: Landtag von Baden-Württemberg: Drucksache 16 / 2598. Kleine Anfrage der AfD. 08.09.2017.

Die Partnerschaft mit Burundi leidet aktuell jedoch (wie auch schon in den 1990er Jahren) an der politischen Situation vor Ort. Die umstrittene Verfassungsänderung und Wiederwahl von Präsident Pierre Nkurunziza führte 2015 zu schweren Unruhen, einem Putschversuch, Verfolgung der Opposition und einer Massenflucht ins benachbarte Ausland. Eine Zusammenarbeit mit der jetzigen Regierung, die mindestens bis 2020 im Amt ist,³⁶ erscheint deshalb politisch nicht opportun, die Partnerschaft beschränkt sich zwangsläufig auf zivilgesellschaftliche Akteure.

Die etablierte Partnerschaft mit Burundi bietet prinzipiell weitere Ausbaumöglichkeiten. Die bereits angedachte Etablierung einer Kontaktstelle in Burundi zur besseren Steuerung und Vernetzung der Partnerschaft, ein Austausch auch auf Verwaltungsebene, wie ihn Rheinland-Pfalz mit Ruanda pflegt, stärkerer Austausch im Schul- und Hochschulbereich etc. könnten die zurzeit stark auf soziale Projekte fokussierte Partnerschaft deutlich vertiefen. Voraussetzung hierfür ist aber eine Änderung der politischen Lage vor Ort, auf die Baden-Württemberg kaum Einfluss hat.

KwaZulu-Natal

Die Partnerschaft mit KwaZulu-Natal, datiert aus dem Jahr 1996, war Teil einer Initiative mehrerer Länder mit dem Ziel, das demokratische Südafrika nach Ende der Apartheid zu unterstützen. Im Rahmen der Partnerschaft fanden mehrere Delegationsbesuche in beide Richtungen statt. Insbesondere im Bereich des Ministeriums für Ländlichen Raum sowie im Bildungsbereich gab es auch konkrete Projektunterstützung.³⁷ Darüber hinaus wurden einige zivilgesellschaftliche Projekte über die SEZ unterstützt. Im Hochschulbereich unterhalten die Universitäten Tübingen, Konstanz und Stuttgart Kontakte nach KwaZulu-Natal. Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit organisierte Baden-Württemberg International 2018 eine Veranstaltung „Business opportunities in South Africa and the Province of KwaZulu-Natal“.³⁸ Das Umweltministerium ist über die *Under2Coalition* mit KwaZulu-Natal verbunden. Auf Kreisebene sind die freundschaftlichen Beziehungen des Landkreises Reutlingen mit Ulundi in KwaZulu-Natal von Bedeutung.³⁹

Über die Provinz hinaus gibt es eine ganze Reihe wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und politischer Kontakte nach Südafrika, das aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur, Hochschullandschaft und politischen Verfasstheit⁴⁰ viele Anknüpfungspunkte nach Baden-Württemberg bietet. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst unterstützt die Wissenschaftskooperation mit Südafrika, das Wirtschaftsministerium pflegt enge Kontakte zum südafrikanischen Generalkonsulat in München.⁴¹ Die vielfältigen Südafrikakontakte beziehen sich aber nicht exklusiv auf die Partnerprovinz, sondern auf Südafrika insgesamt. Mit Ausnahme der Delegationsbesuche ist eine besondere Stellung von KwaZulu-Natal gegenüber dem Rest des Landes kaum erkennbar, Aktivitäten finden lediglich sporadisch statt. Um die Partnerschaft zukünftig auf eine breitere

³⁶ Präsident Nkurunziza hat für 2020 seinen Rücktritt angekündigt, ob dies tatsächlich erfolgen wird, ist unklar.

³⁷ Siehe: Landtag Baden-Württemberg. Drucksache 14/4376. Anfrage Grüne, 22.04.2009.

³⁸ Die Veranstaltung fand am 15.05.2018 statt, u. a. mit einem Vertreter von Trade and Invest KwaZulu-Natal.

³⁹ Für 2019 ist eine Teilnahme am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaft“ geplant.

⁴⁰ Der Staatsaufbau ist teilweise dem der BRD nachempfunden.

⁴¹ So nahm z. B. der südafrikanische Generalkonsul George Monyemangene als Panelist am Wirtschaftsgipfel Afrika 2018 in Stuttgart teil.

Basis zu stellen, bedarf es bewusster politischer Impulse und gezielter Förderung von beiden Seiten.⁴²

1.4 Aktualität der Initiative

In der baden-württembergischen Außenorientierung hat Afrika in der Vergangenheit keine bedeutende Rolle gespielt und sich weitgehend auf die Burundi-Partnerschaft sowie zumeist zivilgesellschaftlich initiierte Entwicklungsprojekte beschränkt. In jüngster Zeit ist das Interesse verschiedener baden-württembergischer Akteure jedoch deutlich gestiegen.

In den stark internationalisierten Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst werden internationale Entwicklungen nachvollzogen, in denen ein wachsendes eigenes und wechselseitiges Kooperationsinteresse mit Akteuren in Afrika artikuliert wird. Als stark international ausgerichtetes Land ist dieser Trend für Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung.

Des Weiteren macht die Agenda 2030 deutlich, dass das Ziel der Nachhaltigkeit, an dem sich Baden-Württemberg ausrichtet, nicht alleine im lokalen Kontext erreicht werden kann. Vielfältige lokal-globale Wechselwirkungen, auch mit dem afrikanischen Kontinent, spielen eine wichtige Rolle, exemplarisch wird dies beim Thema Klimaschutz deutlich.

Neben globalen Trends hat seit 2015 insbesondere die Flucht- und Migrationsfrage zu einer hohen politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für Themen der internationalen Politik geführt und letztlich auch die Bereitschaft zu internationalem Engagement verstärkt. In Bezug auf Flucht aus Afrika steht insbesondere Gambia im Fokus, da Baden-Württemberg Schwerpunktaufnahmeland für Menschen aus Gambia ist.

Afrikanische Akteure in der sich verändernden globalen Situation zu ignorieren, ist keine zukunftsweisende Politik. Eine verstärkte Beschäftigung mit afrikabezogenen Themen in Medien und Öffentlichkeit sowie in der Politik ist zu konstatieren. Auch der Landtag Baden-Württemberg hat sich am 7. November 2018 in einer Debatte mit dem Thema Wirtschaft Afrika beschäftigt.⁴³

Das steigende Interesse Badens-Württembergs trifft auf eine Situation, in der sowohl durch den Rahmen der Agenda 2030, als auch die Politik des Bundes nachgeordnete Einheiten (Länder, Kommunen, Zivilgesellschaft) verstärkt als Akteure internationaler Aufgaben wahrgenommen und einbezogen werden. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sind vermehrt finanzielle Spielräume entstanden.

In welchen Bereichen es bereits Ansatzpunkte der Kooperation mit Akteuren in Afrika gibt und wo sie weiter verstärkt werden könnten, wird in Kapitel II analysiert.

⁴² Eine bisher ausbleibende Vertiefung der Beziehungen kann auch mit der schwierigen innenpolitischen Lage in der Partnerprovinz zusammenhängen. Es gibt zahlreiche Berichte über Korruption und (auch politisch motivierte) Gewalt aus KwaZulu-Natal.

⁴³ Landtag von Baden-Württemberg. 16. Wahlperiode. 73. Sitzung, 7. November 2018.

2. Bestandsaufnahme und Ausblick

2.1 Wissenschaft & Kunst

Bildung und Forschung sind Schlüssel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas. Die Hochschulbildung hat in Afrika in den vergangenen Jahren einen Boom erfahren, immer mehr junge Menschen drängen an staatliche und private Universitäten. Die Expansion des Hochschulsektors wird auf absehbare Zeit in fast allen afrikanischen Staaten anhalten; mit dem starken Wachstum geht auch eine qualitative Ausdifferenzierung einher. Die führenden Hochschulen Afrikas sind als internationale Kooperationspartner inzwischen stark nachgefragt. Gleichzeitig kann das Angebot an Hochschulbildung in Afrika – allgemein gesprochen – derzeit mit der stark steigenden Nachfrage weder in Qualität noch Quantität mithalten. Auch deswegen wird die Studierendenmobilität weiter zunehmen. Kapazitätsauf- und -ausbau ist deshalb eine zentrale Herausforderung des afrikanischen Hochschulsystems. Baden-württembergische Partneruniversitäten können hier unterstützend tätig werden, z. B. über verstärkten Verwaltungsaustausch oder in Kooperation mit dem DAAD DIES-Programm⁴⁴ oder der Baden-Württemberg Stiftung.

Baden-Württemberg ist als rohstoffarmes Hightech-Land auf wissenschaftliche Innovation angewiesen; diese wird nicht nur, aber auch durch den internationalen Forschungsaustausch gesichert. Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kommen als internationalen Brückenbauern und Trägern des gesellschaftlichen Wandels wichtige Zukunftsrollen zu. Dies gilt ebenso im Bereich von Kunst und Kultur, in dem afrikanische Kulturschaffende eine große internationale Anerkennung genießen.

Ein wichtiges gemeinsames Zukunftsthema in Afrika und Baden-Württemberg ist die Digitalisierung der Hochschulen. Fragen des *Open Access* (des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen) und des *E-learning* sind in Afrika aufgrund der oft unzureichenden Ausstattung besonders bedeutsam, zunehmend werden die Themen auch in Baden-Württemberg diskutiert.⁴⁵

Tabelle 1: Hochschulkooperation Baden-Württemberg Afrika (Auswahl)

Land	Bestehende Kooperation MWK-Umfrage (Vergleichszahl: HRK-Hochschulkompass)	Zukünftig zusätzlich gewünschte Kooperation
Südafrika	83 (53)	21
Ägypten	26 (31)	1
Ghana	22 (5)	4
Kenia	20 (5)	7
Marokko	17 (8)	-
Namibia	14 (2)	6
Nigeria	10 (2)	1
Äthiopien	10 (5)	3
Tansania	10 (4)	3

⁴⁴ Dialogue on Innovative Higher Education Strategies (DIES).

⁴⁵ Unter anderem sind in der Namibia-Initiative des MWK Digitalisierungskomponenten mit vorgesehen.

An den Hochschulen des Landes gibt es bereits zahlreiche Kooperationen mit afrikanischen Hochschulen.⁴⁶ Eine aktuelle Umfrage des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) listet 292 Einzelkooperationen auf.⁴⁷ Die Aktualität und Qualität der erfassten Kooperationen ist jedoch recht unterschiedlich zu gewichten. Die Mehrzahl der Kooperationen ist bei den Universitäten angesiedelt (199), überwiegend handelt es sich um Forschungs- und Mobilitätskooperation. Südafrika als wissenschaftlich führendes Land des Kontinents ist dabei mit weitem Abstand der wichtigste Kooperationspartner. Neben der Konzentration auf Südafrika fällt jedoch die große Breite von ca. 40 Kooperationsländern in Afrika auf.

Etabliert sind z. B. die Kooperation der Tropenmedizin der Universität Tübingen mit Gabun, die der tropischen Agrarwissenschaft der Universität Hohenheim u. a. mit Äthiopien, das von der Universität und dem Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg sowie der Universität Konstanz getragene BMBF *Merian Institute for Advanced Studies Africa (MIASA)* in Ghana oder die Zusammenarbeit der Hochschule Rottenburg im Forstbereich mit Burundi. Ein universitäres Afrikazentrum als wissenschaftlicher Leuchtturm und zentraler Ansprechpartner existiert im Vergleich zu anderen Ländern⁴⁸ in Baden-Württemberg jedoch bisher nicht.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 1:
Aufbau eines universitären
Afrikazentrums als wissenschaftlicher
Leuchtturm im Land.*

Im Studienjahr 2017/18 waren 3.539 afrikanische Studierende an Hochschulen in Baden-Württemberg eingeschrieben,⁴⁹ die Zahl baden-württembergischer Studierender in Afrika ist nicht bekannt, dürfte aber wohl unter 100 Personen pro Jahr liegen.⁵⁰ Mit dem Baden-Württemberg-Stipendium (Baden-Württemberg Stiftung), insbesondere der neu eingeführten Regionalen Entwicklungspolitischen Komponente (REK), existieren neben Bundes- auch Landesformate zur Förderung von Austauschprogrammen. Südafrika ist hier mit 15 *incoming* und 12 *outgoing* REK-Stipendien (2018) wichtigster Austauschpartner, zugleich sind aber auch Förderländer hinzugekommen.⁵¹ Innerhalb des Baden-Württemberg-Stipendiums könnte die Zahl der afrikabezogenen Stipendien insgesamt weiter ausgebaut werden. Zugleich prüft das Wissenschaftsministerium die Schaffung eines neuen Stipendiums, mit dem das Studium besonders qualifizierter Menschen aus Afrika in Baden-Württemberg unterstützt werden kann. Im jungen Programm ASA-Hochschule (Engagement Global) sind erste Projekte

⁴⁶ Das MWK hat in einem Eckpunktepapier 2018 wichtige Informationen zur Kooperation mit Afrika zusammengestellt und im November 2018 eine Hochschulumfrage zur Kooperation mit Afrika durchgeführt.

⁴⁷ Da es sich hierbei um eine freiwillige Abfrage handelt, dürften die tatsächlichen Kontakte nach Afrika deutlich höher liegen.

⁴⁸ Bayern fördert beispielsweise seit vielen Jahren die Afrikawissenschaften an der Universität Bayreuth, 2019 wurde der Neubau eines Afrikazentrums für 23,2 Mio. € beschlossen. <https://www.uni-bayreuth.de/de/universitaet/presse/pressemittelungen/2019/055-Forschungszentrum-Afrikastudien/index.html>

⁴⁹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Studierenden- und Prüfungsstatistik. 2018.

<https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Hochschulen/LRt0612.jsp>

Die Zahl der Neueinschreibungen (1. Fachsemester) lag 2018/19 bei 439 Studierender aus Afrika (vorläufige Zahlen, Sonderauswertung statistisches Landesamt 2019).

⁵⁰ Der DAAD förderte deutschlandweit 2017 insgesamt 351 Deutsche für einen Studien- oder Forschungsaufenthalt in Afrika.

⁵¹ Erstmals erhielten durch die REK Personen aus Burkina Faso, Elfenbeinküste, Eritrea, Gabun, Mosambik, Nigeria, Sierra Leone, Sudan und Uganda Stipendien.

zwischen afrikanischen und baden-württembergischen Hochschulen mit studentischer Beteiligung realisiert worden.⁵²

Im Kunstbereich liegt der Afrika-Fokus auf der Aufarbeitung von Sammlungsobjekten aus der Kolonialzeit. Ausgangspunkt ist ein gemeinsames Projekt des Stuttgarter Lindenmuseums und der Universität Tübingen. Aus diesem Projekt entstand die Namibia-Initiative des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Neben der Rückgabe der Witbooi-Bibel und -Peitsche, die im Rahmen einer Delegationsreise des Ministeriums im Februar 2019 nach Namibia restituiert wurden, soll eine langfristige Kooperation von Kultureinrichtungen, Museen und Hochschulen aufgebaut werden.⁵³ Die Namibia-Initiative, die derzeit sechs Projekte umfasst, ist eines der größten (1,25 Mio. €) und wichtigsten Programme der Afrikapolitik des Landes. Neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Kolonialismus ist auch die Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern über die Vergabe von Stipendien geplant. Die Akademie Schloss Solitude ist hierbei ein wichtiger Akteur im Bereich des künstlerischen Austauschs mit Afrika.⁵⁴ Die Namibia-Initiative kann darüber hinaus ein Ausgangspunkt für eine breitere gesellschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Kolonialismus (und Dekolonialismus) sein.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 2:
Ausbau der Namibia-Initiative zu einer
langfristigen Kultur- und Wissen-
schaftspartnerschaft unter Einbezug
weiterer Akteure.*

Das Kooperationsfeld Wissenschaft/Kunst ist von besonderer Bedeutung, da es sich hierbei sowohl um Kernkompetenzen der Landespolitik, als auch um einen bereits stark internationalisierten Bereich handelt. Das heißt auch, dass sehr gute und rasche Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich gegeben sind. Des Weiteren weist der Hochschulbereich deutliche Querbezüge zu zahlreichen anderen Handlungsfeldern, z. B. Wirtschaft oder kommunalen Kooperation auf. Durch Wissensgenerierung, Wissensaustausch und Wissenstransfer sowohl in klassischen entwicklungspolitischen Handlungsfeldern (Gesundheit, Ernährung, Bildung etc.) als auch darüber hinaus (Wirtschaft, Politik und Gesellschaft) kann Hochschulkooperation die Anpassung an Globalisierungsprozesse beidseitig positiv unterstützen.⁵⁵ Der Wettbewerb um die „innovativsten Köpfe und Institutionen“ sowie die Diskussion um normative Orientierungen werden ebenfalls intensiv im Hochschul- und Kunstbereich geführt. Letzteres gilt nicht nur mit Blick nach Afrika, sondern auch für die Ausbildung des baden-württembergischen Führungsnachwuchses für die Gestaltung globaler Austauschprozesse.

Zwar unterhält Baden-Württemberg eine Vielfalt von Einzelkooperationen mit Afrika. Im Vergleich zu anderen Weltregionen und im Hinblick auf den erkennbaren Bedeutungszuwachs des Sektors besteht aber weiterer Ausbaubedarf. Herausforderungen beim Ausbau der Kooperation sind u. a.:

⁵² Das Staatsministerium Baden-Württemberg hat die Pilotphase des Programms (2015-2017) mit 25.000 € unterstützt. 2019 nimmt die Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl (mit Partner im Senegal) und das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (mit Partner in Kenia) an dem Programm teil.

⁵³ <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/namibia-initiative-des-landes-1/>

⁵⁴ <http://www.akademie-solitude.de/de/>

⁵⁵ Exemplarisch zu nennen ist hier das auch vom MWK unterstützte „Paternoster Volunteer Project“ mit seinem Service-Learning-Ansatz. <http://www.stiftung-kinder-foerdern.de/paternoster-volunteer-project.html>

- Vielfalt und Autonomie der Hochschulen (auch hochschulintern), die eine politische Steuerung oder Bündelung von Aktivitäten erschwert;
- eine oft nur individualisierte und projektbezogene Förderung von Kooperation aus Bundesmitteln (vs. struktureller und strategisch ansetzender Förderung);
- begrenzte Kapazitäten auf Seiten der Partner, aber zum Teil auch auf Seiten Baden-Württembergs, zur Umsetzung der Kooperation;
- mangelnde Kenntnisse/ Wissen über potenzielle Kooperationspartner, inklusive deren politischer, gesellschaftlicher und kultureller Kontexte;
- Probleme bei der Visa-Beschaffung für afrikanische Partner;
- Anerkennung der Kooperationsleistung durch Vorgesetzte oder Studienordnung;
- Studiengebühren für ausländische Studierende: Trotz zahlreicher Ausnahmeregelungen ist, im Gegensatz zum allgemeinen Trend, bei Studierenden aus Afrika ein starker Rückgang der Einschreibezahlen zu verzeichnen.⁵⁶

Die Hochschulkooperation mit Afrika wird in den kommenden Jahren stark wachsen. Für einen Ausbau der Afrikakooperation gibt es erheblichen Rückenwind durch weitere Partner. Die EU hat angekündigt, das Erasmus+-Programm für Afrika zugänglich zu machen und auf 35.000 Stipendien 2020 und bis 105.000 im Jahr 2027 auszubauen, dies bedeutet eine massive Erhöhung der Mobilitätsmöglichkeiten. Das BMZ möchte ebenfalls die Mittel für Bildungskooperation aufstocken,⁵⁷ ein Teil davon könnte in den tertiären Sektor fließen. Der DAAD hat bereits in der Vergangenheit die Stipendienmittel für Afrika erhöht und 2014 eine Afrikastrategie vorgelegt. Das BMBF bekennt sich in seiner Afrikastrategie 2018 ebenfalls zum Ausbau der Forschungskooperation mit Afrika. Es gilt daher, die Hochschulen des Landes für die kommenden Möglichkeiten der Kooperation gut aufzustellen und rechtzeitig Netzwerke nach Afrika aufzubauen. Das Wissenschaftsministerium hat für die Kooperationsanbahnung mit afrikanischen Partnern Ende 2018 eine Ausschreibung in Höhe von 250.000 € aufgelegt, die auf große Resonanz gestoßen ist. Auch im Rahmen von BWS-Förderprogrammen stehen Mobilitätsmittel zur Verfügung.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 3:
Unterstützung des weiteren Ausbaus
der Hochschulkooperation durch
Informationen und seed money.*

2.2 Bildung

Der Bildungsbereich ist in Afrika aufgrund seiner jungen, schnell wachsenden Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Investitionen in Bildung gelten als besonders wirkungsvoll, da sie Auswirkungen auf weitere Sektoren wie Wirtschaft, Gesundheit, Demographie und Governance haben. Nach Erfolgen im Grundbildungsbereich liegt der Fokus in Afrika momentan vermehrt auf dem Sekundarbereich und der Bildungsqualität. Der Bereich der formalen Berufsbildung ist in Afrika weniger ausgeprägt (*learning-on-the-job*), wird aber als

⁵⁶ Statistisches Landesamt 2019. Sonderauswertung Bildungsausländerinnen und -ausländer (vorläufige Zahlen). Die Zahl der Einschreibungen (erstes Fachsemester) von Studierenden aus Afrika (ohne Promotion und Hochschulen für Angewandte Wissenschaft) ist demnach von 923 im Wintersemester 2016/17 auf 385 (2017/18) bzw. 439 (2018/19) zurückgegangen, Einführung Studiengebühren im Wintersemester 17/18.

⁵⁷ 25% der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen künftig in den Bildungssektor fließen.

wichtig erachtet und von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit traditionell stark unterstützt.

In Baden-Württemberg ist Bildung ebenfalls ein zentrales Politikfeld für die Innovation und Zukunftsfähigkeit des Landes. Neben der fachlichen Schulbildung gilt es, Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der globalisierten Welt und der globalen Verantwortung im Sinne der SDGs vorzubereiten. Dies gilt auch für die außerschulische Bildungsarbeit von der frühkindlichen Bildung über die Jugendarbeit bis zur Erwachsenenbildung. Der Einbezug Afrikas im Bereich Bildung hat drei Dimensionen:

Zum einen stellt das Konzept Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) durch seine Verankerung als Leitperspektive einen übergeordneten Ansatz mit zahlreichen Bezügen zu Afrika dar. Die Entwicklung einer BNE-Gesamtstrategie als Teil der baden-württembergischen Nachhaltigkeitsstrategie zeigt die bereits vorhandenen ressortübergreifenden Anknüpfungspunkte auf, wie z. B. die seit 2018 eingerichtete BNE-Landeskoordination mit finanzieller Unterstützung durch Engagement Global sowie Beiträgen des Umweltministeriums. Zahlreiche außerschulische Akteure, wie z. B. das

Entwicklungspädagogische Informationszentrum Reutlingen (EPIZ) bieten Angebote für den Bereich BNE. Dieses vermittelt z. B. Referierende im Rahmen des Programms Bildung trifft Entwicklung⁵⁸ und betreibt die Onlineplattform BNE-Kompass⁵⁹, die u. a. einen Überblick zu nachhaltigkeitsrelevanten Angeboten außerschulischer Bildungspartner und Förderprogrammen gibt. Das EPIZ hat 2018 auch eine Bestandsaufnahme zum Globalen Lernen in Baden-Württemberg erstellt.⁶⁰ Ein weiteres Beispiel für Sensibilisierungsangebote sind das entwicklungs-

politische Jugendforum und die Zukunftswerkstatt der SEZ. BNE und die Vermittlung eines differenzierten Afrikabildes sind aber nicht nur Aufgabe der Schulen, sondern auch der außerschulischen Bildung. Volkshochschulen, die Landeszentrale für politische Bildung, Akademien, berufliche Bildungseinrichtungen oder Träger der Jugendarbeit können wertvolle Beiträge leisten. Migrantinnen und Migranten können hierbei als Vermittler eine Rolle spielen.

Im Bereich der Lehrerbildung wurde die Vermittlung von BNE im Rahmen der Reform der Lehrerbildung ab dem Wintersemester 2015/16 in allen Lehramtsstudiengängen als Querschnittskompetenz verankert; dabei werden vernetzte Kompetenzen in Fachwissenschaft, Fachdidaktik und schulpraktischen Studien angestrebt. Dies wird z. B. mit dem BNE-Kompetenzzentrum der PH Heidelberg umgesetzt. Ferner sind mit einem *whole*

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 4:
a) Systematischer Einbezug von BNE und Globalem Lernen im Unterricht und in der Lehrkräfteausbildung unter Einbezug Afrikas, u. a. durch gezielte Bereitstellung von Unterrichtsmaterial zu Afrika.*

b) Förderung außerschulischer Maßnahmen im Bereich BNE und Globalem Lernen (Afrikakompetenz).

⁵⁸ Im Jahr 2018 fanden laut DEAB über 1.000 Veranstaltungen im Rahmen des Programms Bildung trifft Entwicklung statt. Von den 174 Referierenden des Programms kommen 68 aus Afrika oder weisen afrikabezogene Erfahrungen aus.

⁵⁹ www.bne-kompass.de

⁶⁰ EPIZ: Bestandsaufnahme zum Globalen Lernen (GL) in Baden-Württemberg. 2018. Siehe auch: Globales Lernen in den 16 Bundesländern – Eine Bestandsaufnahme der Eine Welt-Landesnetzwerke. https://agl-einewelt.de/images/190305_Bestandsaufnahme_GL.pdf

institution approach zu BNE/GL an einigen Lehrerseminaren weitere Ansätze für einen stärkeren Einbezug des Themas in die Lehrerbildung gegeben.

Die *Fairtrade-Schools-Kampagne* (TransFair e.V./SEZ) sowie das baden-württembergische Netzwerk der UNESCO-Projektschulen bieten Möglichkeiten der weitergehenden Auseinandersetzung mit dem Thema Fairer Handel. Mit der Bereitstellung von konkretem Unterrichtsmaterial, z. B. zu Burundi oder im Rahmen des *Education for Sustainable Development Network* (ESD Expert Net) erhalten Schulen konkrete Unterstützungsangebote.

Schulpartnerschaften bieten einen weiteren Ansatzpunkt. Die Zahl der existierenden Schulpartnerschaften ist aufgrund des dezentralen Systems nicht genau erfasst. Eine freiwillige Abfrage des Kultusministeriums listet Schulpartnerschaften von 17 allgemeinbildenden und vier beruflichen Schulen, hinzukommen sieben UNESCO-Projektschulen. Es ist aber davon auszugehen, dass eine ganze Reihe weitere Schulpartnerschaften und Kontakte existiert.⁶¹

Schulpartnerschaften ermöglichen einen direkten Austausch über eine längere Zeit, der Lernende auch emotional anspricht. Eine Umfrage, die das ABI im Rahmen dieser Studie durchgeführt hat und an der sich über 30 Schulen beteiligten, zeigt eine breite Spannweite an Schultypen, Klassenstufen und Unterrichtsfächern, in denen die Schulpartnerschaft im Unterricht thematisiert wird. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass ein Drittel der befragten Schulen einen beidseitigen Schüleraustausch durchführt, ein weiteres Drittel einseitig nach Afrika reist. Insbesondere die Partnereinladung aus Afrika stellt eine finanzielle Herausforderung dar. Neben physischem Austausch gibt es auch Möglichkeiten des virtuellen Austauschs. Mit dem Engagement Global Programm „Chat der Welten“ steht in Baden-Württemberg ein pädagogisch unterstütztes Programm zum digitalen Austausch zur Verfügung, an dem sich bisher acht Schulen mit einem afrikanischen Partner beteiligt haben. Die Möglichkeit des digitalen Austauschs über soziale Medien im Unterricht erscheint noch nicht ausgeschöpft. Mit ENSA⁶², PASCH⁶³ oder der Deutsch-Afrikanischen Jugendinitiative stehen Förderprogramme auf Bundesebene für den Schüleraustausch zur Verfügung. Im EPIZ unterstützt ein Fachpromotor den Bereich Schulpartnerschaften/Globales Lernen.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 5:
Ausbau der Schulpartnerschaften
(auch über digitale Medien).
Sichtbarmachen und Vernetzen
bestehender Schulpartnerschaften.*

Als dritter Zugang ist die direkte Unterstützung von Schulen in Afrika zu nennen. Bildung/Ausbildung ist das wohl größte Tätigkeitsfeld von engagierten Initiativen aus Baden-Württemberg in Afrika.⁶⁴ Wie aus der Umfrage hervorgeht, leisten nahezu alle

⁶¹ Das EPIZ listet 10 Schulpartnerschaften auf der Seite BNE-Kompass, die SEZ verfügt über einen Schulverteiler mit mehreren Duzend Adressen. Es ist davon auszugehen, dass es eine erhebliche Zahl an Partnerschaften oder losen Kontakten einzelner Schulen bzw. Lehrkräfte gibt, die nicht weiter bekannt sind, da sie bisher nicht an Fördermaßnahmen oder Veranstaltungen teilgenommen haben. Der Autor schätzt die Zahl auf ca. 100 Schulen.

⁶² Das Engagement Global ENSA Programm förderte nach Angaben von Engagement Global 2017 und 2018 je fünf, 2019 sieben Schulpartnerschaften mit baden-württembergischer Beteiligung.

⁶³ Schulen: Partner der Zukunft, www.pasch-net.de

⁶⁴ In einer Umfrage der SEZ „Eine Welt Engagement in Baden-Württemberg – Wer? Wo? Was?“ (2018) nennen 71,9% diesen Bereich als Tätigkeitsfeld im globalen Süden (Mehrfachantworten möglich).

Schulpartnerschaften auch eine materielle Unterstützung der afrikanischen Partner. Im staatlichen Bereich unterstützt die Landesakademie Esslingen gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) punktuell den Aufbau von Berufsschulen in Afrika, z. B. durch fachliche und fachdidaktische Lehrkräftefortbildung. Aktuell ist hier insbesondere ein Berufsbildungsprojekt in Gambia zu nennen.

Im Bildungsbereich gibt es also zahlreiche Ansätze für eine Kooperation mit Afrika. Die Herausforderung besteht im Wesentlichen darin, von einigen Modellschulen, deren Aktivitäten durch engagierte Lehrkräfte oder Projektmittel getragen wird, zu einer breiteren Beteiligung von Schulen zu gelangen. Hinderungsgründe können eine fehlende Sensibilisierung der Schulen, mangelnde Zeitkapazitäten der Lehrkräfte für zusätzliche Inhalte/Projekte oder mangelnde Finanzierung in der Durchführung (z. B. für Referierende, Austauschmaßnahmen) sein. Auch die Vernetzung der beteiligten Schulen untereinander ist ein Ansatzpunkt für eine effektivere Zusammenarbeit.

2.3 Wirtschaft

In verschiedenen Staaten Afrikas zeichnen sich stark variierende wirtschaftliche Trends zwischen Stagnation auf der einen und hoher Wirtschaftswachstumsraten auf der anderen Seite ab. Einige afrikanische Regionen gelten als dynamische Zukunftsmärkte mit wachsenden Mittelschichten, hohem Investitionsbedarf und innovativen Wirtschaftszweigen.

Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine vielfältige, vom Mittelstand geprägte Industrie aus. Diese ist stark international vernetzt. Der Bedarf an Rohstoffen, Absatzmärkten für baden-württembergische Produkte und insbesondere die im internationalen Austausch entstehenden Innovationen sind Treiber weiterer Internationalisierung.

Die wirtschaftliche Kooperation mit Afrika ist im Vergleich zu anderen Weltregionen gering und fokussiert sich überwiegend auf Südafrika und die Staaten Nordafrikas. 2018 gingen 1,5% der baden-württembergischen Exporte nach Afrika.⁶⁵ Im Vergleich zu anderen führenden Wirtschaftsnationen, die inzwischen vermehrt in Afrika investieren, ist die deutsche Wirtschaft dort noch wenig präsent. Durch verschiedene Initiativen und Programme ist auf Bundesebene jedoch inzwischen ein dichter werdendes Netz an Informations- und Finanzierungsstrukturen sowie politischer Unterstützung für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika entstanden.

Die baden-württembergische Wirtschaft hat mit ihrer Struktur der KMU ein breites Angebot, u. a. in den Bereichen der Hochtechnologie, des Maschinenbaus, der Chemie, der Automobilwirtschaft, der Umwelttechnik oder der Medizintechnik zu bieten, die in Afrika zukünftig verstärkt nachgefragt werden. Gleichzeitig fehlt – laut einer Studie des Wirtschaftsministeriums – den KMU oft das benötigte Wissen und Risikokapital für einen Markteintritt.⁶⁶ Hinzu kommt, dass sich Delegationsbesuche aus und Fachveranstaltungen zu Afrika räumlich stark auf Berlin (Diplomatie) und Hamburg (Sitz des Afrikaver eins der

⁶⁵ Statistisches Landesamt: Pressemitteilung 35/2019 (21. Februar 2019).
<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019035>

⁶⁶ Philipp von Carlowitz: Chancen in Subsahara Afrika nutzen. InNeMa, Tübingen 2018.

Deutschen Wirtschaft) konzentrieren und somit für Unternehmerinnen und Unternehmer aus Baden-Württemberg nur mit Reiseaufwand zugänglich sind.

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat in jüngster Zeit darauf reagiert und sich dem Bereich der Außenwirtschaft Afrika stärker zugewandt.⁶⁷ Fokusländer sind hier vor allem Südafrika, Nigeria, Äthiopien, Ghana und Kenia. Ein gut besuchter Wirtschaftsgipfel Afrika in Stuttgart 2018 und Delegationsreisen nach Äthiopien/Kenia (2017) und Ghana/Nigeria (2018) sind die sichtbarsten Zeichen. Eine Delegationsreise nach Südafrika unter Leitung der Wirtschaftsministerin (2019) und ein weiterer Afrikagipfel (2020) im Rahmen der Messe Global Connect sind geplant. Mit BW-International (bw-i) steht ein erfahrener Akteur der Außenwirtschaftsförderung bei der Organisation von Messen und Delegationsreisen zur Verfügung.⁶⁸ An der IHK Karlsruhe und der IHK Reutlingen sind sogenannte EZ-Scouts angesiedelt, die Beratungsleistung für Unternehmen an der Schnittstelle von Wirtschaftsinvestition und Entwicklungszusammenarbeit erbringen. 2017 ist an der IHK Reutlingen ein IHK-Netzwerk Subsahara Afrika entstanden, das auf wachsendes Interesse stößt. An weiteren IHKs haben Veranstaltungen zum Thema Afrika stattgefunden bzw. sind geplant (z. B. IHK Stuttgart 2019). Speziell zum Partnerland Burundi hat die SEZ ein Burundi-Forum für Unternehmen initiiert.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 6:
Weiterentwicklung der
wirtschaftlichen Kooperation mit
Afrika durch gezielte Dialog- und
Vernetzungsmaßnahmen sowie
Information und Beratung zu
Förderprogrammen des Bundes.*

Bei der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika sind Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsfragen stets mitzudenken. Bereits im Jahr 2014/15 fand im Rahmen des entwicklungspolitischen Dialogs der Landesregierung der Entwicklungspolitische Unternehmensdialog (u. a. mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, bw-i, GIZ, IHK, SEZ) mit Fachgesprächen zu verschiedenen Themen statt. Gerade im für die globale Nachhaltigkeit zentralen Bereich der Umwelttechnik und der erneuerbaren Energien könnten Win-win-Situationen entstehen; hier trifft baden-württembergisches *Know-how* auf den wachsenden Bedarf in Afrika.

Generell sind Themen der Unternehmensverantwortung (*Corporate Social Responsibility*), insbesondere die Einhaltung von Standards, wie sie beispielsweise der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung fordert, nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch im Außenhandel bedeutsam. Ebenso sind Fragen des fairen Handels und der nachhaltigen Beschaffung zentrale Zukunftsthemen der Wirtschaft. Eine Reihe von Formaten, wie die Messe *Fair Handeln*, das CSR-Forum und ähnliche Veranstaltungen, sind hierzu bereits erfolgreich etabliert. Das Wirtschaftsministerium war mehrfach Partner von Praxistagen zu nachhaltigen Lieferketten. Die SEZ hat ihre Veranstaltungsformate mit verschiedenen Partnern (z. B. GENO-Verband, Bund der

⁶⁷ In den Haushaltsjahren 2018 und 2019 standen hierfür je 100.000 € zur Verfügung. Diese stammen aus Fraktionsmitteln der CDU, die im Haushalt 2018/19 für einen Strategiedialog Afrika insgesamt 400.000 € zur Verfügung gestellt hat. Siehe: Landtag von Baden-Württemberg. 16. Wahlperiode. 73. Sitzung, 7. November 2018. Beitrag MdL Claus Paal (CDU).

⁶⁸ Zuletzt beispielsweise mit einer Veranstaltung zu „Subsahara-Afrika: Aktuelles rund um das Thema Finanzierung und Absicherung von Exporten und Investitionen.“ Stuttgart, 10.04.2019.

Selbstständigen, evangelischen Akademie Bad Boll und IHK) an der Schnittstelle von Wirtschaft und Entwicklung intensiviert.

Als traditionelle Gründerregion trifft Baden-Württemberg auf einen jungen Kontinent mit Innovationspotential in einzelnen Bereichen. Insbesondere im Bereich der Digitalisierung entstehen in Afrika neue Unternehmen und nachhaltige Geschäftsmodelle. Einige Regionen Afrikas setzen hier zum sogenannten *leap-frogging* an, auch baden-württembergische Unternehmen zeichnen sich durch ein hohes Innovationspotential, z. B. bei Industrie 4.0, aus. Dies bietet Potential für eine Kooperation auf Augenhöhe und der Anbahnung neuer Wirtschaftskontakte. Die Vernetzung und Unterstützung von Start Ups aus Afrika und Baden-Württemberg kann neue Ideen und Geschäftsmodelle generieren. Das *start up BW summit 2019* zeigt das Potential in Baden-Württemberg, mit der *Autumn School for Sustainable Entrepreneurship*, die Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer aus Afrika und Deutschland zusammenbringt, ist ein erstes Austauschformat etabliert. Auch das *Afrika Kommt!*-Programm der deutschen Wirtschaft, das u. a. von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützt wird, bietet Möglichkeiten des Austauschs. Vor allem aber bietet die Messe *Fair Handeln* als deutsche Leitmesse in diesem Segment viele Anknüpfungspunkte. Baden-württembergische und afrikanische Sozialunternehmen, die fair gehandelte Produkte aus Afrika verkaufen, sind Aussteller auf der Messe. Mit der *Burundi-corner* (2018) und der *Africa-corner* (2019) wurde ein Fokus auf junge afrikanische Unternehmen gelegt.

Kernmaßnahme Afrikakonzept 7: Förderung innovativer Formate, die die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg und Afrika in Zukunftsthemen (wie fairer Handel, nachhaltiges Wirtschaften) voranbringen und verknüpfen.

2.4 Staat und Verwaltung

Good governance ist eine Grundvoraussetzung für Entwicklung. Verwaltungsabläufe und gesetzliche Rahmensetzungen bestimmen die Möglichkeiten des Handelns. Normative Werte der Demokratie und Menschenrechte sind im europäischen Kontext untrennbar mit *good governance* verknüpft und werden gerade von der jungen afrikanischen Bevölkerung verstärkt eingefordert. Zusammenarbeit im Governance-Bereich ist immer auch werteorientiert – Demokratie und Menschenrechte sind die Grundlagen der Kooperation.

Eine Kooperation im Governance-Bereich unterstützt dabei nicht nur den Kapazitätsaufbau in Afrika, sondern auch die Personalentwicklung in Baden-Württemberg. Das Agieren im internationalen Kontext sowie die Zusammenarbeit mit Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in Baden-Württemberg ist eine zunehmende Herausforderung für die Landesverwaltung. Fragen der demokratischen Beteiligung und des Einbezugs der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse werden sowohl in Baden-Württemberg als auch in vielen afrikanischen Kontexten intensiv diskutiert, ebenso die Digitalisierung der Verwaltung. Hier ist ein Austausch auf Augenhöhe und gegenseitiges Lernen möglich.

Im Bereich der Justiz wurde 2014 erfolgreich ein Juristenaustausch mit der Region Burundi/Ostafrika ins Leben gerufen. Dieser wurde zunächst von der Robert-Bosch-Stiftung finanziert. Aktuell tragen Staatsministerium und Justizministerium die Kosten im Rahmen einer Projektfinanzierung. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg

(SEZ) fungiert als Projektträger. Im Rahmen des Austausches erfolgte ein mehrtägiges Besuchs- und Hospitationsprogramm in der jeweiligen Partnerregion.

Das Programm leistet über den persönlichen Austausch einen Beitrag zum normativen Süd-Nord-, aber auch zum Süd-Süd-Dialog. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben eine wichtige Multiplikatorenfunktion in ihrer Arbeitsumgebung. Ein regelmäßiger jährlicher Austausch führt zu einer Netzwerkbildung. Rechtsstaatlichkeit ist auch eine wichtige Säule des BMZ-Marshallplans und gerade für das Partnerland Burundi eine zentrale Governance-Frage. Bei einer veränderten politischen Lage in Burundi böte das Programm wichtige Ansatzpunkte für weitere Rechtsstaatsprogramme in Burundi. Es sollte deshalb fortgesetzt werden.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 8:
Fortsetzung des Juristenaustauschs,
weitere Maßnahmen des punktuellen
Verwaltungsaustauschs bzw.
Capacity-Building-Maßnahmen sind
möglich.*

Ebenfalls mit Burundi wurde eine Partnerschaft der Rechnungshöfe in Karlsruhe und Bujumbura etabliert. Diese ruht jedoch aufgrund der politischen Gegebenheiten. Eine Wiederaufnahme unter veränderten politischen Vorzeichen kann ins Auge gefasst werden.

Neben dem Austausch im Justizbereich gibt es zurzeit auch im Ressort des Innenministeriums eine Maßnahme in Gambia. In Kooperation mit dem Auswärtigen Amt⁶⁹ soll die Reform der gambischen Polizei unterstützt werden. Hierzu haben erste Kontaktreisen und Bedarfsanalysen stattgefunden. In Gambia soll eine Polizeischule ertüchtigt, Ausbildungskonzepte entwickelt und Trainingsmaßnahmen durchgeführt werden. Ein Projektbüro soll 2019 mit einem Polizeibeamten besetzt werden. Ziel ist eine effektive und an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientierte gambische Polizei.

Einen weiteren Beitrag zur internationalen Ausbildung im Governance-Bereich leistet die Hochschule Kehl mit der Etablierung eines Masterstudiengangs „Governance in der Entwicklungszusammenarbeit“ sowie einer DAAD-Partnerschaft mit mehreren westafrikanischen Verwaltungshochschulen.

In Ausbildung und Personalentwicklung der Landesverwaltung sollte Afrika als Teil der Internationalisierungsstrategie verstärkt einbezogen werden. Mit den Angeboten der Führungsakademie, dem Dynamischen Europapool oder dem Netzwerk Führung und Globale Verantwortung stehen dem Land Instrumente zur Verfügung, die über den EU-Zusammenhang hinaus thematisch auch auf Afrika ausgedehnt werden können.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 9:
Ausweitung der internationalen
Kompetenz der Landesverwaltung auf
Afrika im Rahmen vorhandener
Internationalisierungskonzepte.*

⁶⁹ Das Auswärtige Amt stellt 2019 hierzu Mittel aus dem Stabilisierungsfond in Höhe von 700.000 € zur Verfügung.

2.5 Nachhaltigkeit

Die in der Agenda 2030 formulierten Nachhaltigkeitsziele sind eine gemeinsame Verantwortung und Herausforderung für Afrika und Baden-Württemberg. Die Umsetzung der Agenda 2030 erfolgt in Baden-Württemberg durch die Nachhaltigkeitsstrategie. Diese datiert aus dem Jahr 2007 (zuletzt 2014 angepasst) und wird in der aktuellen Legislaturperiode weiterentwickelt. Fokusthemen der Nachhaltigkeitsstrategie sind Klima und Energie, Umgang mit Ressourcen, Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltige Mobilität und Integration. Eine im Rahmen der Agenda 2030 bzw. der Nachhaltigkeitsstrategie ernsthaft vorangetriebene wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation, z. B. im Bereich Klimaschutz, Beschaffung, Handel, Bildung oder Verkehr, ist ein wichtiger Beitrag, den Baden-Württemberg in den Beziehungen zu Afrika leisten kann.

Die Ansatzpunkte im Bereich der Nachhaltigkeit liegen deshalb zunächst vor allem in Baden-Württemberg selbst. Das Staatsministerium, das Umweltministerium und das Ministerium Ländlicher Raum unterstützen punktuelle Maßnahmen, die Anstöße zur lokal-globalen Nachhaltigkeit bieten, wie die Leitmesse *Fair Handeln*, die Kampagne *Future Fashion*, die nachhaltige Textilien und bewusstes Konsumverhalten fördert, oder Projekte zu BNE.

Afrika wird besonders intensiv von den Folgen des Umweltwandels, insbesondere der Klimaerwärmung, betroffen sein. Die wachsende Bevölkerung und zunehmender wirtschaftlicher Wohlstand erhöhen den Druck auf die natürlichen Ressourcen weiter. Als Hochtechnologieland kann Baden-Württemberg dazu beitragen, in Wissenschaft und technischer Anwendung, z. B. im Bereich erneuerbare Energien oder Abfalltechnik, gemeinsam mit afrikanischen Akteuren Lösungen zu finden. Eine Zusammenarbeit mit Universitäten ist dabei eine Möglichkeit, die Landeskompetenz einzubringen. Beispiele hierfür sind der Kongress *Hidden Hunger* der Universität Hohenheim zur globalen Ernährungssituation unter der Trägerschaft der SEZ, u. a. mit einem Fokus auf Burundi, oder ein Agroforstprojekt in Burundi, an dem u. a. die Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg beteiligt ist. Beide wurden vom Ministerium Ländlicher Raum und vom Staatsministerium unterstützt. Punktuell könnte auch die Expertise nachgeordneter Einrichtungen, wie den Landesanstalten, für eine projektbasierte Zusammenarbeit in Afrika zum Einsatz kommen, wenn eine entsprechende Einbindung in größere Programmzusammenhänge besteht.

Eine interessante Ausbaumöglichkeit ist im Bereich der *Under2 Coalition* gegeben. Baden-Württemberg führt hier momentan den Europavorsitz. Die Partnerprovinz KwaZulu-Natal, die ebenfalls Mitglied der Vereinigung ist, führt für Afrika den Vorsitz. Eine vertiefte Zusammenarbeit im Klimaschutz sowohl bilateral mit KwaZulu-Natal als auch gemeinsam in der *Under2 Coalition* sollte geprüft werden. Ergänzend könnten Kooperationen mit weiteren afrikanischen Mitgliedsregionen aufgebaut werden. Mit dem Westkap (Südafrika) bestehen bereits Kontakte auf Arbeitsebene, Cross River State (Nigeria) ist aktuell Mitglied der Steuerungsgruppe. Darüber hinaus könnten die weiteren Erfahrungen mit der baden-württembergischen Nachhaltigkeitsstrategie in den internationalen Diskurs mit Partnern in

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 10:
Prüfung eines verstärkten Engagements
in der Under2 Coalition zusammen mit
einem afrikanischen Partner.*

Afrika eingebracht werden. Ein Dialog über Nachhaltigkeitsthemen ist auf verschiedenen Ebenen denkbar, z. B. auch kommunal.

2.6 Migration

In Baden-Württemberg leben Anfang 2019 ca. 70.000 Menschen aus afrikanischen Staaten (ohne deutsche Staatsbürgerschaft) aus 50 afrikanischen Staaten.⁷⁰ Hinzu kommen Menschen mit Migrationshintergrund, die eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (und deshalb nicht in der Statistik erfasst sind). In Relation zur Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung ist die Zahl vergleichsweise gering. Aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl in den Staaten Afrikas sowie der Notwendigkeit für Baden-Württemberg, Fachkräfte anzuwerben, insbesondere im Handwerk und in Pflegeberufen, dürfte die Zahl der Menschen mit afrikanischem Hintergrund, die zu Arbeits- oder Ausbildungszwecken nach Baden-Württemberg kommen, zukünftig steigen. Die Zahl der Menschen aus Baden-Württemberg die in Afrika leben, ist nicht bekannt.⁷¹

Eine weitere Gruppe bilden Menschen, die aus Asylgründen nach Baden-Württemberg kommen. Ein Sonderfall bildet aufgrund der großen Zahl hier eine Gruppe von rund 7.800 Menschen aus Gambia, die überwiegend 2015 und 2016 als Erstantragsteller mit Verbleib in Baden-Württemberg hierher kamen.⁷² Nach dem Sturz des Diktators Jammeh Anfang 2017 ist die Zahl der Erstantragsteller aus Gambia mit Verbleib in Baden-Württemberg auf 1.267 (2017) bzw. 275 Personen (2018) stark zurückgegangen. Baden-Württemberg ist Schwerpunktaufnahmeland für Menschen aus Gambia; die Gambierinnen und Gambier stehen in Baden-Württemberg vor ungewissen Zukunftsperspektiven.

Tabelle 2: Afrikanerinnen und Afrikaner in Baden-Württemberg (ohne deutsche Staatsbürgerschaft)⁷³

Herkunftsland	Anzahl
Nigeria	12.089
Gambia	9.685
Eritrea	7.741
Tunesien	5.368
Kamerun	5.211
Somalia	3.503
Algerien	3.392
Ägypten	3.380
Togo	2.323
Ghana	2.074

⁷⁰ Ausländerzentralregister, Stand 31. Januar 2019. Information des Innenministeriums Baden-Württemberg. Etwas ältere, öffentlich zugängliche Zahlen finden sich u. a. in den Daten des Statistischen Bundesamts (Destatis): Ausländerstatistik Baden-Württemberg zum 31.12.2017.

⁷¹ Auf Deutschland bezogen wanderten 2017 knapp 4.000 Deutsche nach Afrika aus, während ca. 5.000 Deutsche aus Afrika zurück nach Deutschland kamen. <https://auswandern-info.com/afrika.html>

⁷² Inzwischen bilden Menschen aus Nigeria die größte Gruppe Asylsuchender aus Afrika. Siehe: Innenministerium Baden-Württemberg: Zugang von Asylbegehrenden. https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/Zugang_2018_-_Hauptherkunftsland.pdf

⁷³ Stand 31.01.2019. Informationen des Innenministeriums Baden-Württemberg.

Die Afrikanische Union betrachtet die Diaspora als die sechste Region des Kontinents und schreibt ihr eine wichtige Funktion bei der Entwicklung des Kontinents zu. Neben direkten finanziellen Rückflüssen (*remittances*) sind es vor allem die sozialen Verbindungslinien, die eine wichtige Brückenfunktion haben. Sowohl das Herkunftsland als auch Baden-Württemberg kann von dieser Mittlerfunktion profitieren. Um diese Potentiale zu realisieren, ist es notwendig, dass eine aktive Vernetzung von Migrantinnen und Migranten mit Wirtschaftsunternehmen, öffentlichen Institutionen oder zivilgesellschaftlichen Einrichtungen erfolgt. Das Ministerium für Soziales und Integration plant für 2019 einen Landesfachtag für Migrantenorganisationen. Auch das GIZ Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) bietet Programme für die Diaspora.

Insbesondere afrikanische Studierende sind eine wichtige Zielgruppe, um den Austausch voran zu bringen, da sie, wenn sie nach dem Studium in die Heimatländer zurückkehren, dort in Schlüsselstellen als Kontaktpersonen fungieren können. Diese Gruppe ist aufgrund der zumeist kurzen Verweildauer in Baden-Württemberg tendenziell wenig organisiert und wenig mit anderen Akteuren vernetzt. Lediglich die Seminare von STUBE⁷⁴ stellen hier einen punktuellen Ansatzpunkt dar; die afrikanischen Baden-Württemberg-Stipendiatinnen und -Stipendiaten sind in das Netzwerk des Studienprogramms eingebunden.

Migrantischen Selbstorganisationen (MSOs) kommt als Teil der Zivilgesellschaft eine herausgehobene Rolle zu. Sie nehmen sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit (oft mit Bezug auf das Herkunftsland) als auch im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung in Baden-Württemberg und der Integration eine wichtige Funktion ein. Das Forum der Kulturen Stuttgart ist hier ein viel beachtetes Beispiel. Durch eine politische, finanzielle oder infrastrukturelle Unterstützung können die MSOs weiter gestärkt werden. Für die konkrete Projektarbeit könnte mit einer eigenen Förderlinie für MSO das Potential stärker in Wert gesetzt werden.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 11:
Unterstützung Migrantischer Selbst-
organisationen, z. B. durch eine eigene
Förderlinie und bessere Vernetzung.*

In Baden-Württemberg ist die afrikanische Diaspora zumeist auf kommunaler Basis oder in Bezug auf Herkunftsländer vernetzt. Ein etabliertes landesweites Netzwerk (wie etwa der Afrikanische Dachverband Norddeutschland) existiert nicht.⁷⁵ Die genaue Zahl von MSOs mit Afrikabezug in Baden-Württemberg ist nicht bekannt. Im Rahmen des Bund-Länder finanzierten Eine-Welt-Promotorenprogramms gibt es einen Fachpromotor und eine Fachpromotorin für das Themenfeld Migration, diese sind zentrale Ankerpunkte für migrantische Selbstorganisationen. 2017 ist zudem das MiGlobe Programme der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global in Baden-Württemberg gestartet, in dem Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene beratend aktiv sind.

⁷⁴ Das Studienbegleitprogramm STUBE bietet u. a. Wochenendseminare für Studierende aus Ländern des Südens an. Es wird u. a. von der evangelischen Kirche und dem Staatsministerium unterstützt.

⁷⁵ Das bundesweite Netzwerk The African Network of Germany e.V. – TANG hat 2018 ein Landesnetzwerk Baden-Württemberg ins Leben gerufen.

2.7 Kommunale Zusammenarbeit

Afrika wandelt sich in hoher Geschwindigkeit von einem ländlichen zu einem urban geprägten Kontinent. Nach Schätzung der UN wird sich die Zahl der Menschen, die in Afrika in Städten leben, bis 2050 um 900 Millionen Menschen erhöhen.⁷⁶ In Städten verdichten sich die Problemlagen, gleichzeitig sind sie Zentren der Innovation und des Aufbruchs.

Im globalen Transformationsprozess zur Nachhaltigkeit kommt den Städten, Gemeinden und Kreisen in Afrika wie in Baden-Württemberg eine Schlüsselrolle zu.⁷⁷ Zwei Drittel der SDGs sind nur in und mit der kommunalen Ebene umsetzbar. Kommunen sind zentrale Akteure der Nachhaltigkeitspolitik. Unter anderem im Bereich der fairen und nachhaltigen Beschaffung, der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements, der Kultur- und Bildungsarbeit, beim Klima- und Umweltschutz sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten kommt den Kommunen im Mehr-Ebenen-System eine besondere Bedeutung zu.

Das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen ist eine freiwillige Aufgabe, die diese im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wahrnehmen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich zuletzt 2017 zu kommunalen Partnerschaften mit Afrika bekannt.⁷⁸ Das BMZ unterstützt die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls und hat die Mittel hierfür von 2,5 Mio. € (2012) auf 25 Mio. € (2019 geplant) innerhalb weniger Jahre verzehnfacht. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global bietet Kommunen im Auftrag des BMZ zahlreiche Beratungs- und Finanzierungsangebote sowohl für den Bereich der Inlandsarbeit, als auch für die Partnerschaftsarbeit. Neben direkter entwicklungsbezogener Unterstützung spielt in Kommunalpartnerschaften auch der Kapazitätsaufbau im Sinne eines Know-how-Austauschs eine wichtige Rolle. Hier können verschiedene kommunale Akteure, beispielsweise auch kommunale Unternehmen oder Krankenhäuser⁷⁹, eingebunden werden. Darüber hinaus haben Partnerschaften auch im Bereich der Personalentwicklung und entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung auf baden-württembergischer Seite eine große Bedeutung.

In Baden-Württemberg gibt es zurzeit ca. zehn formale Städtepartnerschaften mit Kommunen in afrikanischen Ländern. Im Rahmen der Projektförderung durch die SKEW sind in den vergangenen Jahren acht Nord-Süd Klimapartnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent entstanden sowie Projekte im Rahmen von ASA-Kommunal, der Nachhaltigen Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (NAKOPA) und anderen Förderformaten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.⁸⁰ Über formale Partnerschaften und Projekte hinaus existieren zum Teil langjährige aktive Verbindungen, die oft zivilgesellschaftlich getragen sind und oft von kommunaler Seite unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft spielt

⁷⁶ UN DESA: World Urbanization Prospects The 2014 Revision.

<https://esa.un.org/unpd/wup/publications/files/wup2014-report.pdf>

⁷⁷ Siehe u. a. WBGU: Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Hauptgutachten 2016.

<https://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2016-urbanisierung/>

⁷⁸ Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 1. Juni 2017. Länder- und Kommunalpartnerschaften mit Afrika. https://www.wusgermany.de/sites/wusgermany.de/files/content/files/mpk_beschluesse_2017.pdf

⁷⁹ In Baden-Württemberg unterhalten nach Angaben des Ministeriums für Soziales und Integration acht Krankenhäuser unterschiedlicher Trägerschaft Kooperationen mit Krankenhäusern in Afrika (Sindelfingen-Uganda & Nigeria, Ulm-Tansania, Heidelberg-Ghana, Esslingen-Äthiopien, Freiburg-Burkina Faso, Stuttgart-Tansania, Ortenau/Gengenbach-Burundi und Offenburg/Kehl-DRC).

⁸⁰ Zu den einzelnen Förderprogrammen siehe: <https://skew.engagement-global.de/>

auch in den formalen Städtepartnerschaften eine große Rolle. Um die kommunale Entwicklungszusammenarbeit weiter zu fördern, haben eine wachsende Zahl von Kommunen sowie der Städtetag Baden-Württemberg (in Zusammenarbeit mit der SEZ) Projektstellen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEPol) im Rahmen eines SKEW-Förderprogramms beantragt. Diese Koordinatorinnen und Koordinatoren können sowohl in der Partnerschaftspflege als auch für entwicklungspolitische Arbeit in der Kommune (z. B. Global Nachhaltige Kommune/ Agenda 2030, Fairer Handel/ Faire Beschaffung, Migration und Entwicklung, kommunale Partnerschaften, Vernetzung) eingesetzt werden und stellen eine wichtige Anlauf- und Beratungsstelle dar.

Tabelle 3: Beispiele kommunaler Partnerschaften

Baden-Württemberg	Afrika	Art der Partnerschaft
Aalen	Vilankulo, Mosambik	Städtefreundschaft
Abstatt	Kahemba, DRC	Dreieckspartnerschaft mit Léhon (F)
Albstadt	Bisoro, Burundi	Dreieckspartnerschaft mit Chambéry (F)
Brühl	Dourtenga, Burkina Faso	Klima-und Städtepartnerschaft
Bühl	North Horr, Kenia	Projektunterstützung
Dossenheim	Mokhotlong, Lesotho	ASA-Kommunal Projekt
Enzkreis	Masasi-District, Tansania	Klimapartnerschaft
Hockenheim	Samba, Burkina Faso	Städtepartnerschaft
Horb am Neckar	Belo, Kamerun	Klimapartnerschaft
Ilsfeld	Kouga, Südafrika	Klimapartnerschaft
Kernen	Masvingo, Simbabwe	Städtepartnerschaft
Ladenburg	Garango, Burkina Faso	Städtepartnerschaft
Landkreis Reutlingen	Ulundi, Südafrika	Kreispartnerschaft, (Klimapartnerschaft geplant)
Ludwigsburg	Kongoussi, Burkina Faso	Dreieckspartnerschaft mit Montbéliard (F), Klimapartnerschaft
Rastatt	Saint-Louis, Senegal	Klimapartnerschaft
Reutlingen	Bouaké, Elfenbeinküste	Städtepartnerschaft
Schopfheim	Dikome, Kamerun	Städtepartnerschaft
Schwäbisch Hall	Okahandja, Namibia	Klimapartnerschaft
Stuttgart	Menzel Bourguiba, Tunesien und Kairo, Ägypten	Städtepartnerschaft
Trossingen	Windhuk, Namibia	Städtepartnerschaft
Tübingen	Moshi, Tansania	Klima- und Städtepartnerschaft

Angesichts der Bedeutung der kommunalen Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen zu wirken sowie der Möglichkeit der finanziellen Förderung aus Bundesmitteln ist eine weitere Ausweitung der Zahl der Partnerschaften wünschenswert. Gerade für kleinere Kommunen stellt sich jedoch die Frage nach der Kapazität: Sowohl Kommunen als auch die aktive Bürgerschaft sind oft mit den etablierten (meist europäischen) Partnerschaften ausgelastet.

Des Weiteren sind, unabhängig von Kapazität und politischem Willen, das Finden eines geeigneten Partners und die Etablierung einer Partnerschaft oft schwierig.⁸¹

Um den Herausforderungen beim Ausbau der Kommunalpartnerschaften zu begegnen, kann es sinnvoll sein, zunächst nicht auf eine formale Partnerschaft zu zielen, sondern die zahlreichen Möglichkeiten des projekt- und fachbezogenen Austausches zu nutzen. Bestehende Kontakte der Zivilgesellschaft, Schulpartnerschaften oder Migrantenorganisationen können als Startpunkt dienen. Auch Dreieckspartnerschaften über eine etablierte europäische Partnerschaft oder mit zwei Süd-Partnern sind ein Ansatzpunkt. Insbesondere für kleinere Kommunen kann auch eine gemeinsame Partnerschaft (Netzwerk) mehrerer Kommunen ein sinnvolles Vorgehen sein.

Mit der Existenz der AG Entwicklungspolitik des Städtetags Baden-Württemberg, der im Dezember 2018 neu eingerichteten Koordinationsstelle kommunale Entwicklungspolitik im Städtetag (in Zusammenarbeit mit der SEZ) sowie einer Außenstelle von Engagement Global in Stuttgart sind die strukturellen Voraussetzungen grundsätzlich vorhanden. Die Spitzenverbände – Städtetag, Landkreistag und Gemeindetag – können ihre Strukturen nutzen, um interessierte Kreise und Gemeinden intensiv in die thematische Arbeit einzubeziehen. Mit der Initiative *Meine. Deine. Eine Welt* (SEZ) steht ein weiteres etabliertes Format der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.

Um den Ausbau kommunaler Partnerschaften zu fördern, ist es notwendig, die bestehenden Kooperationen – auch unterhalb der formalen Partnerschaftsebene – systematisch zu erfassen und sichtbar zu machen (*Best-Practice-Beispiele*), z. B. über Events oder Webseiten. Eine Vernetzung sowohl zwischen den bestehenden, als auch mit potenziell interessierten Kommunen durch Konferenzen oder themenspezifische Workshops kann die kommunale Kooperation weiter stärken. Die kommunalen Spitzenverbände können als Multiplikatoren hierzu beitragen.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 12:
Vernetzung und Sichtbarmachung
bestehender kommunaler
Partnerschaften sowie Anregung
neuer Partnerschaften in Kooperation
mit den kommunalen
Spitzenverbänden und dem Bund.*

Eine Verstärkung der Personal- und Projektfinanzierung (z. B. SKEW) bzw. die grundlegende Kenntnis über die Finanzierungsmöglichkeiten bei den Kommunen sind Voraussetzung für einen weiteren Ausbau der kommunalen Partnerschaften.

2.8 Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft spielt in Afrika eine wichtige Rolle. Sie übernimmt, insbesondere in Regionen, in denen staatliche Strukturen nur schwach ausgeprägt sind, oftmals Aufgaben der Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit etc.), gleichzeitig ist sie ein wichtiger gesellschafts-politischer Akteur. In beiden Funktionen ist sie Kooperationspartner der deutschen internationalen Zusammenarbeit.

⁸¹ Die SKEW bietet Unterstützung bei der Identifikation geeigneter Partner sowie in der Etablierung von Partnerschaften, u. a. über die Finanzierung und Beratung von Anbahnungsreisen.

Baden-Württemberg gilt traditionell als „Land der Zivilgesellschaft“⁸², ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement findet sich gerade auch im Eine-Welt Bereich. Mit dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) und der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz sind Dialogformate mit der Landesregierung etabliert. Auch das BMZ weist der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit eine zunehmend wichtige Rolle zu. In einem aktuellen Strategiepapier heißt es dazu:

„Wir werden das Subsidiaritätsprinzip in unserer Entwicklungspolitik durchgängig weiter stärken und die Rolle und Teilhabe der nichtstaatlichen Akteure weiter ausbauen. Der Arbeit der Kirchen und der Zivilgesellschaft, aber auch der politischen Stiftungen, der Städte und Kommunen, messen wir entscheidende Bedeutung bei. Die jährlichen Mittel für unsere Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren sollen weiterhin überproportional zur Gesamtentwicklung des Entwicklungshaushaltes aufwachsen.“⁸³

Engagement Global bietet eine Reihe von Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Projekte an. In besonderem Maße ist das Bund-Länder-finanzierte Eine-Welt-Promotoren-Programm zu nennen, das durch Regional- und Fachpromotorinnen und Promotoren das zivilgesellschaftliche Engagement strukturell unterstützt und gesellschaftliche Akteure lokal und landesweit vernetzt.⁸⁴

Das Feld der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen ist sowohl von den Themen als auch Strukturen heterogen und kleinteilig organisiert. Die Bandbreite der Aktivitäten reicht vom fairen Handel (u. a. 230 Weltläden, aber auch Importorganisationen), über Bildungs- und Kampagnenarbeit, der Organisation von Freiwilligendiensten und Austauschprogrammen, der langfristigen entwicklungspolitischen Kooperation bis zur finanziellen Förderung einzelner Projekte. Im Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) sind 160 Gruppen organisiert, darunter viele Netzwerke, die wiederum Multiplikatorenfunktion haben. Eine Umfrage der SEZ unter mehr als 2.000 in der SEZ-Datenbank gespeicherten Nichtregierungsorganisationen (NROs) im Land zum Engagement der Zivilgesellschaft ergab, dass sich in Baden-Württemberg engagierte Gruppen zu nahezu allen afrikanischen Staaten finden.⁸⁵

Ein Alleinstellungsmerkmal Baden-Württembergs in der entwicklungspolitischen Arbeit stellt die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) dar. Sie wurde 1991 vom Land Baden-Württemberg eingerichtet mit dem Ziel der entwicklungspolitischen Bildung und der konkreten Förderung entwicklungspolitischer Projekte und Initiativen, u. a. durch Beratung und finanzielle Förderung. Dies geschieht sowohl durch eigene Mittel (Spendengelder und Zuschüsse), durch Mittel der Baden-Württemberg Stiftung⁸⁶ als auch durch Mittel aus der Projektförderung des Landes. Unter den Förderlinien *bwirkt!Inland*,

⁸² Koalitionsvertrag, S. 67.

⁸³ BMZ: Entwicklungspolitik 2030. Neue Herausforderungen – Neue Antworten, 2018. S. 6.

https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier455_06_2018.pdf

⁸⁴ Das Programm wird in Baden-Württemberg vom Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) getragen.

⁸⁵ SEZ: Umfrage Eine-Welt-Engagement in Baden-Württemberg – Wer? Wo? Was? Dezember 2018. Die am häufigsten genannten Länder in der Umfrage waren: Burundi, Tansania und Uganda.

⁸⁶ Die BW-Stiftung (vormals Landesstiftung Baden-Württemberg) hat zwischen 2002 und 2008 44 Projekte in verschiedenen afrikanischen Ländern mit mehr als 675.000 € gefördert.

bwirkt!Ausland und bwirkt!Burundi stellt das Land 2018 und 2019 pro Jahr eine Millionen Euro für zivilgesellschaftliche Projekte bereit. Die Nachfrage nach den Fördergeldern ist trotz der massiven Erhöhung im derzeitigen Doppelhaushalt noch mehr als fünffach überzeichnet, dies spiegelt den Bedarf und das große Engagement der Zivilgesellschaft wider. Neben dem Burundi-Kompetenzzentrum ist auch das Partnerschaftszentrum der SEZ ein wichtiger Anker der afrikabezogenen Partnerschaftsarbeit.

Eine herausragende Rolle unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt den Kirchen zu. Alleine in der Diözese Rottenburg-Stuttgart sind 419 Partnerschaften zwischen schwäbischen und afrikanischen Gemeinden bekannt, u. a. auch 14 mit Gemeinden in Burundi. Die Diözese selbst hat 2018 insgesamt 222 Projekte in ca. 40 afrikanischen Ländern gefördert. Mit über fünf Millionen Euro sind die verausgabten Fördermittel der Diözese weitaus höher als die Mittel im staatlichen Bereich. Ähnliches gilt auch für die evangelische Kirche, so haben in der evangelische Landeskirche Baden sieben Kirchenbezirke Partnerschaften nach Afrika, insbesondere nach Kamerun. Über die Evangelische Mission in Solidarität (EMS) bestehen darüber hinaus enge Kontakte nach Ghana, Nigeria, Kamerun, Süd-Sudan und Südafrika.

Neben Unterstützungsleistungen für soziale Projekte der afrikanischen Partner ist auch der Austausch Teil der kirchlichen Kooperationsarbeit. Neben Partnerbesuchen und Freiwilligendiensten hat sich mit der vermehrten Präsenz afrikanischer Priester in katholischen Gemeinden eine neue Form der Verbindung ergeben.⁸⁷ Eine weitere Dimension des kirchlichen Engagements ist Unterstützung von Studien, z. B. der evangelische Kirche Baden zu Kleinwaffen in Burundi, oder bundesweit anerkannter Strukturen, wie der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.

Die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Kooperation mit Afrika ist ein Markenzeichen und Kapital des Landes. Gleichzeitig stellt die Dezentralität der Aktivitäten eine Herausforderung dar. Eine Vernetzung ist oft nur lokal, z. B. über die Schnittstelle der Regionalpromotorinnen und Promotoren oder selbstorganisierter Netzwerke, gegeben. Eine beispielhafte Ausnahme bildet Burundi, hier existiert über die Arbeit des SEZ Kompetenzzentrums ein dichtes Netzwerk.

Eine landesweite Datenbank bzw. Portal zu entwicklungspolitischen Kooperationen könnte einen deutlichen Mehrwert erbringen. Ebenso könnten gezielte Vernetzungsveranstaltungen zu einzelnen Regionen oder Themen die Vernetzung zwischen einzelnen Akteuren und Akteursgruppen stärken. Die SEZ hat solche Formate bereits angeboten. Eine Bereitstellung von Räumlichkeiten und Zugang zu öffentlichen Orten sind weitere Möglichkeiten für staatliche Akteure, Aktivitäten der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

*Kernmaßnahme Afrikakonzept 13:
Förderung der NROs durch
ausreichende Projektmittel, ein
landesweites Netzwerk/Portal/
Datenbank und die Bereitstellung von
Räumlichkeiten/Ressourcen.*

⁸⁷ In der Diözese Rottenburg-Stuttgart sind zurzeit ca. 60 afrikanische Priester tätig.

3. Analyse & übergreifende Empfehlungen

3.1 Grundsätze der Kooperation

Die wachsende Bedeutung Afrikas und der Beitrag Baden-Württembergs für eine globale Politik der Nachhaltigkeit sind maßgebliche Begründungszusammenhänge für eine Ausweitung der Kooperation mit Afrika. Dies passt sich in den nationalen und internationalen Rahmen ein.

- Die partnerschaftliche Kooperation mit Afrika ist aktive Zukunftspolitik und sollte ausgebaut werden.

Die vorausgehende Bestandsaufnahme beschreibt ein breites Feld an bestehenden Aktivitäten und Maßnahmen. Obwohl nur Staatsministerium, Wissenschaftsministerium und Wirtschaftsministerium in größerem Umfang Zuständigkeiten über die EU hinaus haben, gibt es in nahezu allen Politikbereichen Anknüpfungspunkte. Im Sinne der Agenda 2030 liegen viele dieser Handlungsfelder in Baden-Württemberg.

- Handlungsfelder liegen sowohl in der Kooperation mit Akteuren in Afrika als auch in Maßnahmen in Baden-Württemberg. Beides ist oft eng miteinander verbunden. „Afrika im Blick“ heißt in diesem Sinn auch „Baden-Württemberg im Blick“.

Neben den Akteuren auf Regierungsseite gibt es eine Vielzahl weiterer Akteure im Land mit jeweils eigenen Kooperationsansätzen. Sie haben unterschiedliche Motivationen und Zielsetzungen und verfügen über unterschiedliche (nicht immer ausreichende) Mittel. Eine ebensolche Vielfalt von Akteuren und Ansätzen besteht auf afrikanischer Seite. Die Vielfalt sollte als Chance begriffen werden, weil sie eine große Bandbreite an Kooperationsmöglichkeiten bietet.

- Eine Top-down verordnete „Afrikastrategie“ ist weder wünschenswert noch sinnvoll. Vielmehr geht es darum, in einem inklusiven Ansatz die vorhandenen Aktivitäten und Strukturen auszubauen und Synergieeffekte zu erzielen.

In Bezug auf die konkreten Aktivitäten der staatlichen Akteure zeigen sich drei unterschiedliche Vorgehensweisen (Ebenen): Erstens, Aktivitäten im Rahmen der Verfolgung von Kernfunktionen, aber mit einem besonderen Fokus auf Afrika. Zweitens, die Durchführung eigener Projekte mit afrikanischen Partnern (oft in Afrika). Drittens, die aktive Unterstützung subsidiärer Akteure (Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft) bei der Durchführung ihrer Aktivitäten.

- Aufgrund der begrenzten Mittelverfügbarkeit und der landespolitischen Zuständigkeiten sollte Baden-Württemberg sich insbesondere auf Aktivitäten in den landespolitischen Kernfunktionen sowie die Unterstützung nachgeordneter Akteure konzentrieren, eigene Projekte in Afrika sollten nur punktuell durchgeführt werden.

Kooperation ist nur von Dauer, wenn sie von beiden Seiten getragen und gestützt wird. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe ist aber leichter formuliert als in die Praxis umgesetzt, insbesondere unter der Voraussetzung materieller Ungleichheit.

- Für die Kooperation auf Augenhöhe ist der Dialog und Austausch entscheidend. Der Dialog sollte bei allen Aktivitäten im Vordergrund stehen. Konkrete Kooperationsprojekte sollten sich an den Bedarfen aller beteiligten Partner orientieren und gemeinsam entwickelt werden.

3.2 Regionale Fokussierung

Die Kooperation von Akteuren aus Baden-Württembergs und Afrika deckt räumlich und thematisch ein weites Spektrum ab. Im staatlichen, insbesondere aber auch im nichtstaatlichen Bereich, ist die mit einer Vielzahl von Partnern historisch gewachsene Kooperation weit über den afrikanischen Kontinent verteilt. Eine regionale Fokussierung liegt mit der Burundi-Partnerschaft vor, in deutlich abgeschwächter Form in der Partnerschaft mit KwaZulu-Natal.

- Die Partnerschaft mit Burundi sollte trotz der aktuellen Krise weiter gepflegt und, wenn es die politische Lage zulässt, weiter ausgebaut werden.
- Die Partnerschaft mit KwaZulu-Natal muss gemeinsam mit dem Partner überprüft und gegebenenfalls aktiv mit neuem Leben erfüllt werden.

Eine darüber hinaus gehende regionale Fokussierung, z. B. auf ein weiteres Partnerland, wird oftmals unter den Stichworten „Sichtbarkeit“ und „Synergieeffekte“ thematisiert. Eine regionale Konzentration schafft zwar in der Tat (politische) Sichtbarkeit. Synergieeffekte für eine erhöhte Wirksamkeit der Kooperation entstehen aber nicht automatisch und sind selbst bei einer kleinräumigen regionalen Konzentration (Provinz oder kleines Land) nur dann zu erzielen, wenn das Kooperationsvolumen über einen längeren Zeitraum erheblich ausgeweitet bzw. konzentriert wird. Letzteres ginge aber zu Lasten etablierter Kooperationen. Darüber hinaus gilt grundsätzlich, dass eine Partnerschaft nicht einseitig konzipiert werden kann, sondern vor allem der politische Wille des Partners vorhanden sein muss.

- Eine regionale Fokussierung muss von einer breiten Akteurskoalition und vom Partner politisch und materiell unterstützt werden, um erfolgreich zu sein. Statt einer vorschnellen politischen Festlegung auf einen weiteren Partner sollte zunächst mit einer Reihe von potenziellen Partnerregionen die Beziehungen gezielt intensiviert und Ansatzpunkte sondiert werden.

Regionen, die für eine intensivierte Partnerschaft in Frage kommen, sollten dabei folgende Kriterien erfüllen:

- Substanzielles Portfolio bestehender Kooperationen mit Baden-Württemberg;
- Good Governance (Demokratie, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Verwaltung);
- Synergien mit Programmen/Schwerpunktländern des Bundes;
- Reformorientierung und wirtschaftliche Dynamik (die Partnerschaft mit Burundi ist stark von Entwicklungsprojekten geprägt, eine weitere Partnerschaft sollte möglichst auch andere Akteure, z. B. aus Wissenschaft und Wirtschaft, ansprechen).

Drei Regionen erscheinen für eine mögliche Intensivierung der Partnerschaft besonders interessant, diese sollten verstärkt in den Blick genommen werden.

1. Südafrika/Namibia. Das südliche Afrika ist nach wie vor die wirtschaftlich und wissenschaftlich führende Region des Kontinents. Mit KwaZulu-Natal verbindet das Land eine Partnerschaft, mit Namibia ist vom Wissenschaftsministerium ein Leuchtturmprojekt gestartet worden, das auf andere Bereiche ausgebaut werden kann.
2. Westafrika. Die Küstenregion Westafrikas (Nigeria, Ghana, Elfenbeinküste) zeigt eine hohe wirtschaftliche Dynamik. Ghana ist aufgrund der politischen Stabilität, Größe und Synergien mit bundesdeutschen Strategien und Aktivitäten besonders interessant.⁸⁸ Gambia bildet in Westafrika einen aktuellen Sonderfall, der politischer Beachtung bedarf.
3. Ostafrika. Insbesondere nach Äthiopien als wirtschaftlich aufstrebender und in jüngster Zeit auch reformorientierter Staat, aber auch nach Kenia und Tansania existieren vielfache Verbindungen.

3.3 Thematische Fokussierung

Die bestehenden Kooperationen mit Afrika erstrecken sich auf die unterschiedlichsten Handlungsfelder und spiegeln damit die Vielfalt und Interessen der verschiedenen Akteure wider. Die Agenda 2030 bildet dabei einen gemeinsamen Rahmen, der ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit aufweist. Im Kern der Agenda 2030 steht das große Zukunftsthema der Nachhaltigkeit als Zusammenspiel ökologischer, ökonomischer und sozialer Fragen.

- Als gemeinsame Zukunftsherausforderung sollte das Thema Nachhaltigkeit im Sinn der Agenda 2030 das handlungsleitende Thema einer vertieften Kooperation mit Afrika sein.

Ein weiteres Querschnittsthema ist die Digitalisierung, die sowohl in Baden-Württemberg als auch in Afrika zunehmend ein politischer Schwerpunkt ist. In vielen Fachbereichen sind beide Themen bereits in der Kooperation sichtbar.

3.4 Afrikakompetenz des Landes stärken

Das Bild von Afrika in Baden-Württemberg beginnt sich langsam zu wandeln. Dennoch ist der Kontinent (zumindest außerhalb Südafrikas) für viele Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung immer noch weitgehend fremd geblieben. Dies gilt sowohl für „unser“ Wissen über die Strukturen und Prozesse in Afrika, als auch für den Bereich der interkulturellen Kompetenz. Dies erschwert die Anbahnung und Durchführung von Kooperationen auf allen Ebenen. Eine Ausweitung des Europa-zentrierten Horizonts ist notwendig.

- Vorhandene Afrikakompetenzen in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und insbesondere bei Migrantinnen und Migranten sollten gezielt als Ressource für afrikabezogene Weiterbildung und Beratung genutzt werden.
- Um langfristig die Afrikakompetenz zu erhöhen, ist die Beschäftigung mit dem modernen und differenzierten afrikanischen Kontinent in Schulen, Hochschulen und der Verwaltungsausbildung in die internationale Kompetenzentwicklung aufzunehmen.

⁸⁸ Es besteht allerdings bereits eine Partnerschaft Ghana-NRW.

3.5 Vernetzung

Die Heterogenität der Akteure und Themen sowie die Dezentralität der Kooperation erschweren es, das Wissen um vorhandene Kooperationen und Ressourcen zu Afrika im Land zu bündeln und Synergien zu erzielen. Innerhalb einzelner Sektoren können die jeweiligen Akteure z. B. durch gemeinsame Veranstaltungen, daraus resultierende Verteiler oder Datenbanken Vernetzung herstellen. Hierdurch können auch *Best-Practice-Beispiele* sichtbar gemacht werden.

- Dem Land kommt die Rolle des vernetzungsermöglichenden Akteurs zu, z. B. durch die Bereitstellung von Finanzmitteln oder Räumlichkeiten, die Vernetzungsaktivität selbst kann durch einzelne Akteure erfolgen.

Eine Vernetzung zwischen den Sektoren ist deutlich anspruchsvoller zu realisieren, verspricht aber auch neue Perspektiven. Das Schlagwort „Afrika“ ist dabei jedoch oft zu groß, um sinnvolle Schnittmengen zu erzeugen.

- Eine gezielte Vernetzung von bisher nicht verbundenen Akteuren kann um thematische oder regionale Cluster erfolgen. Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Diaspora könnten sich beispielsweise gemeinsam um eine Fokus-Region oder ein Thema neu organisieren. Runde Tische oder zentrale Veranstaltungsformate könnten etabliert werden.

Kernmaßnahme Afrikakonzept 14:

Ein regelmäßiges „Afrikaforum Baden-Württemberg“ sollte als zentrale Veranstaltung zu unterschiedlichen Regionen oder Themen neue Akteurs-Konstellationen schaffen, Vernetzung ermöglichen und auch nationale und internationale Akteure auf Baden-Württemberg aufmerksam machen.

3.6 Anschubfinanzierung und Brückenfinanzierung

Auf Bundes- und EU-Ebene existiert eine Vielzahl finanzieller Förderinstrumente, auch für die Kooperation mit Afrika. Konkrete Schwierigkeiten ergeben sich aber sowohl beim gezielten Auffinden als auch bei den vierteiligen Fördervoraussetzungen und -bedingungen. Zudem erschwert die dominante Projektorientierung der Fördermittel ein kontinuierliches Arbeiten und den Aufbau von Strukturen mithilfe solcher Fördermittel. Oft ist auch eine Ko-Finanzierung notwendig. Das Land könnte hier in folgenden Mittler-Rollen auftreten:

- Beratung und Vermittlung der richtigen Förderinstrumente, u. a. durch Informationsveranstaltungen von Bundeseinrichtungen im Land;
- Bereitstellung von flexiblem, explorativem *seed money*, um Kooperationen anzubahnen bzw. Projektideen zu eruieren, die zu einem größeren Förderantrag führen;
- Brückenfinanzierung, um strukturell wichtige Vorhaben bei Auslaufen von Projektgeldern zu verstetigen;

- Ko-Finanzierung von Maßnahmen, insbesondere um Ausgaben auf Seiten der Partner oder für weitere Süd-Süd-Kooperation zu decken, die in Bundesprogrammen nicht förderfähig sind.

Kernmaßnahme Afrikakonzept 15:

Baden-Württemberg sollte die Bereitstellung von Ko-Finanzierungsmitteln prüfen, die dafür eingesetzt werden könnten, Mittel anderer Geber (Bund, EU etc.) für das Land oder Akteure aus dem Land zu hebeln.

3.7 Bund-Länder-Gespräche zu Afrika

Die Bundesregierung hat sich, wie eingangs dargestellt, zu einer verstärkten Partnerschaft mit Afrika bekannt und den Ländern, den Kommunen und der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zuerkannt. Sie steht in ständigem Austausch mit den Akteuren der supranationalen Ebene (EU, G7, Weltbank etc.). Das BMZ hat mit der GIZ ein Bund-Länder-Pilotprogramm der Entwicklungszusammenarbeit aufgelegt, in dem bisher ca. 40 ko-finanzierte Einzelmaßnahmen umgesetzt wurden. Eine über die Pilotmaßnahmen hinausgehende strukturierte Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist aber – trotz des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 1. Juni 2017 bzw. der gemeinsamen Sustainable Development Goals – bisher nicht erkennbar. Regelmäßige Bund-Länder-Gespräche – auch für einzelne Sektoren – könnten die abgestimmte Umsetzung von Kooperationsmaßnahmen entscheidend voranbringen. Ferner könnte das Land auch Themen der Bundesebene (Handel, Rüstung, Migration, Visa) zur Diskussion stellen. In einem Mehrebenenansatz ist auch die kommunale Ebene mit zu berücksichtigen.

- Ein strukturierter Bund-Länder-Austausch zu den Themenfeldern der Afrikooperation könnte für beide Seiten hilfreich sein. Baden-Württemberg könnte regelmäßige thematische Gespräche initiieren.

Kernmaßnahme Afrikakonzept 16:

Baden-Württemberg sollte einen regelmäßigen Austausch zu Afrika mit der Bundesregierung anstoßen, insbesondere um die Initiativen beider Seiten – wie im MPK-Beschluss angelegt – besser zu vernetzen.

Ein Thema, das im Dialog mit dem Bund vordringlich zu bearbeiten ist, ist die Frage von Visa für afrikanische Partner. Partnerschaft basiert auf Austausch. In vielen Bereichen sind Mobilitätsprogramme etabliert und afrikanische Partner haben eigene Mittel. Die zunehmend restriktiv gehandhabte Vergabe von Visa erschwert jedoch diese Kooperation. Fälle, in denen finanzierte Austauschprogramme von Jugendlichen, Studierenden, Kulturschaffenden oder zivilgesellschaftlichen Partnern am Visum scheitern, sind keine Seltenheit. Baden-Württemberg hat zwar keinen direkten Einfluss auf die Visa-Vergabepaxis des Bundes, kann aber im Rahmen von Gesprächen auf die bestehende Problematik hinweisen.

Literaturverzeichnis

- Bayerische Staatsregierung (2018):** Europaministerin Dr. Beate Merk eröffnet „Bayerisches Haus“ im Senegal. <http://www.bayern.de/europaministerin-dr-beate-merk-eroeffnet-bayerisches-haus-im-senegal-merk-beschaeftigung-einkommen-und-zukunft-fuer-junge-menschen-in-ihrer-heimat-umsetzung-des-bayerischen-sonderprogramms-z/>, 03.06.2019.
- Bayrische Staatsregierung (2019):** Ministerpräsident Dr. Söder eröffnet Bayerisches Afrikabüro in Addis Abeba: Anlaufpunkt und Drehscheibe für den Kontakt mit Afrika. <https://bayern.de/ministerpraesident-dr-soeder-eroeffnet-bayerisches-afrikabuero-in-addis-abeba-anlaufpunkt-und-drehscheibe-fuer-den-kontakt-mit-afrika/>, 03.06.2019.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017):** Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika. http://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/inhalt/index.jsp, 03.06.2019.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2018):** Entwicklungspolitik 2030. Neue Herausforderungen – Neue Antworten. https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier455_06_2018.pdf, 03.06.2019.
- Bundesministerium der Verteidigung (2015):** Strategische Leitlinie. Umsetzung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung im Geschäftsbereich des BMVg. <https://www.bmvg.de/resource/blob/12810/fe3f44a6e3b12bec5ee3bc9c7880f570/strategische-leitlinie-zur-umsetzung-der-afrikapolitischen-leitlinien-data.pdf>, 03.06.2019.
- Calrowitz, Philipp von (2018):** Chancen in Subsahara Afrika nutzen. Tübingen: InNeMa. https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Dateien_Downloads/Veranstaltungen/PM_219_Anlage_STUDIE_Chancen_in_SSA_PUB.pdf, 03.06.2019.
- Die Bundesregierung (2014):** Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung. <https://www.bmvg.de/resource/blob/12808/227e3ae06ed32cb4d81d61a1bbc8b206/afrikapolitische-leitlinien-der-bundesregierung-data.pdf>, 03.06.2019.
- Die Bundesregierung (2019):** Eine vertiefte Partnerschaft mit Afrika. Fortschreibung und Weiterentwicklung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/eine-vertiefte-partnerschaft-mit-afrika-1596102>, 03.06.2019.
- EPIZ (2018):** Globales Lernen in den 16 Bundesländern. Eine Bestandsaufnahme der Eine Welt-Landesnetzwerke. Berlin: agl. https://agl-einewelt.de/images/190305_Bestandsaufnahme_GL.pdf, 03.06.2019.
- Fischer, Cecilia; Imme Scholz (2015):** Universelle Verantwortung: die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer. Bonn: DIE. (Discussion Paper/ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; 15/2015). https://ez-der-laender.de/sites/default/files/die_studie_rolle_deutscher_laender_sdgs.pdf, 03.06.2019.
- Kerkow, Uwe (2016):** Ländersache Nachhaltigkeit. Die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung durch die Bundesländer. Bonn: Global Policy Forum. https://ez-der-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/laendersache_nachhaltigkeit_publication_gfp_2017.pdf, 03.06.2019.
- Klingebiel, Stephan (2018):** Warum das BMZ die Anzahl der Partnerländer reduzieren will. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Die aktuelle Kolumne. <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/warum-das-bmz-die-zahl-der-partnerlaender-reduzieren-will/>, 03.06.2019.
- Landesregierung Baden-Württemberg (2016):** Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg 2016 – 2021. https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/160509_Koalitionsvertrag_B-W_2016-2021_final.PDF, 03.06.2019.

- Landtag von Baden-Württemberg (2009).** Anfrage der Grünen zu KwaZulu-Natal. Drucksache 14/4376. https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP14/Drucksachen/4000/14_4376_D.pdf, 03.06.2019.
- Landtag von Baden-Württemberg (2011):** Anfrage der SPD zu Burundi. Drucksache 15/909. https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/0000/15_0909_D.pdf, 03.06.2019.
- Landtag von Baden-Württemberg (2018):** Beitrag MdL Claus Paal (CDU). 16. Wahlperiode. 73. Sitzung, 7. November 2018. https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0073_07112018.pdf, 03.06.2019.
- Ministerpräsidentenkonferenz (2017):** Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 01. Juni 2017: Länder- und Kommunalpartnerschaften mit Afrika. https://www.wusgermany.de/sites/wusgermany.de/files/content/files/mpk_beschluesse_2017.pdf, 03.06.2019.
- Staatsministerium Baden-Württemberg (2013):** Welt:Bürger gefragt. Entwicklungspolitische Leitlinien für Baden-Württemberg. https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Entwicklungspolitische_Leitlinien_f%C3%BCr_Baden-W%C3%BCrttemberg.pdf, 03.06.2019.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018):** Studierenden- und Prüfungsstatistik. <https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Hochschulen/LRt0612.jsp>, 03.06.2019.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2019):** Pressemitteilung 35/2019. <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019035>, 03.06.2019.
- Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (2018):** Jahresbericht 2017. https://sez.de/upload/downloads/SEZ_Jahresbericht_2017.pdf, 03.06.2019.
- The Economist (2019):** A new scramble for Africa. And how Africans could win it. London: Economist Newspaper Limited. 7. März 2019. <https://www.economist.com/leaders/2019/03/07/the-new-scramble-for-africa>, 03.06.2019.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2015):** World Urbanization Prospects: The 2014 Revision. <https://esa.un.org/unpd/wup/publications/files/wup2014-report.pdf>, 03.06.2019.
- United Nations (2016):** Sustainable Development Goals. <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>, 03.06.2019.
- UN DESA:** World Urbanization Prospects The 2014 Revision. <https://esa.un.org/unpd/wup/publications/files/wup2014-report.pdf>, 03.06.2019.
- WBGU (2016):** Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Hauptgutachten 2016. <https://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2016-urbanisierung/>, 03.06.2019.
- Wiemann, Jürgen (2008):** Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen. Bonn: DIE. (Discussion Paper/ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; 20/2008). https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_20.2008_Wiemann.pdf, 03.06.2019.

Impressum

Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg e.V.
Windausstr. 16
79110 Freiburg
<http://www.arnold-bergstraesser.de>

Autor:

Dr. Martin Adelman ist Geschäftsführer des Arnold-Bergstraesser-Instituts. Als Wissenschaftler, Gutachter und Dozent beschäftigt er sich seit vielen Jahren mit entwicklungspolitischen und afrikabezogenen Themen.
Kontakt: martin.adelmann@abi.uni-freiburg.de

© Martin Adelman, Arnold-Bergstraesser-Institut

Stand: 3. Juni 2019

Fehlerbereinigte Version: 11. Dezember 2019